

# Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2,00 Mk., monatlich 70 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 626.

Die Einzelgebühren betragen für die sechsgeheftene Beilage oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 200.

Freitag, den 27. August 1915.

22. Jahrg.

## Der deutsch-englische Wirtschaftsneid.

Die zweite Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts brachte der Industrie, dem Handel und der Schifffahrt Englands einen herausragenden Aufschwung. Das europäische Festland zerfiel sich zunächst in Kriege und hatte dann mit seiner politischen Neuordnung zu schaffen, Amerika begann erst seine dichtere Besiedlung, das glückliche Großbritannien spannte sich immer fester in den Gedanken ein, allein die Weltmacht, die Rede und das Kontor der Welt zu werden. Die zweifellose hohe Begabung der anglikanischen Rasse war bezeugt durch die anschließende geschichtliche Gelegenheit. Um die Wende des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts wurden nun England mit einemmal zwei Wettbewerber fühlbar, die Vereinigten Staaten von Amerika und das Deutsche Reich. Der wirtschaftliche Wettbewerb wird zum politischen Gegensatz und die Schule der Imperialisten drängt auf die Austragung des wirtschaftlichen Gegensatzes mit politischen Mitteln, des Kampfes der Waren und Preise durch den Kampf der Geschütze und Dreadnoughts.

Die Vorstellung, die unter dem Einfluß der imperialistischen Bücher, Zeitschriften und Zeitungen sich weiter kreiste in allen Ländern bemächtigt hat, läßt den wirtschaftlichen Wettkampf so erscheinen, als ob der Wirtschaftserfolg des einen notwendig den Mißerfolg, der wachsende Reichtum des einen die Verarmung, der Aufstieg des einen den Untergang des anderen herbeiführen müßte. Von vielen Seiten wurde dagegen die Tatsache ins Feld geführt, daß im realistischen Wettkampf der Wirtschaften ohne störenden politischen Eingriff beide gewinnen können, ja gewinnen müssen, daß ein feindlicher Zusammenstoß nicht so sehr der Volkswirtschaft, als der Politik und Diplomatie entzöge. Johann März führt im „Deutschen statistischen Zentralblatt“ für diese Auffassung zwei Kronzeugen aus Feindesland, den französischen Statistiker Paul Meuriot und den englischen Nationalökonom Crammond an, die im Augenblick des Kriegsausbruchs, im Juli und August 1914, gleichzeitig interessante Studien über den wirtschaftlichen Gegensatz zwischen England und Deutschland veröffentlicht haben, deren Feststellungen heute zur Beurteilung der Kriegsurachen und Kriegsziele von Wichtigkeit sind.

Der Franzose kommt zu dem Schluß, daß das Volkswirtschaften Englands nie so gewachsen sei als gerade in der neuesten Zeit. In den Jahren 1905 bis 1912 betrug der Zuwachs der jährlichen Einnahme Englands 700 Millionen Franken gegen 550 Millionen Franken in der Periode von 1896 bis 1905 und gegen 150 Millionen in der Periode von 1887 bis 1896. Während sich in der letzten Periode 1902 bis 1912 der Registertonnengehalt der deutschen Handelsflotte um rund eine Million Tonnen vermehrte, betrug der Zuwachs der britischen Handelsmarine 2,4 Millionen Tonnen! Hatte England Ursache, neidisch zu sein, da der gesamte verfügbare Tonnengehalt seiner Handelsflotte vor Kriegsausbruch 13½ Millionen betrug gegen 3 Millionen Tonnen der deutschen Handelsflotte, da er 43 Prozent der gesamten Welttonnage sämtlicher Handelsmarine ausmachte?

Meuriot bezeichnet es als ein gefährliches Schlagwort, zu behaupten, daß die Volkswirtschaft Englands im Niedergang begriffen sei — es ist zunächst das Schlagwort der englischen Schutzgöller gewesen, der konservativen Imperialisten und ihres Führers Chamberlain und ist dann von den deutschen Imperialisten übernommen worden. Für verderblich erklärt es Meuriot, auf solch unsichere Basis eine Politik aufzubauen. Die Grundlage des Irrtums sei eine veraltete Auffassung vom Wesen des Welt Handels. Man betrachte die Gesamtzahl des Welt Handels wie eine unveränderlich feste Größe. Bei dieser Annahme könnten die Fortschritte des einen Staates sich nur vollziehen auf Kosten des anderen, und dieser Irrtum sei bis zu einem gewissen Grade dadurch bekräftigt worden, daß sich die Ausfuhr in früheren Zeiten auf eine kleine, fast unveränderliche Anzahl von Waren beschränkte. Mit dem Wachsen der Bedürfnisse und Vermögen der Völker, mit der engeren Verknüpfung der internationalen Beziehungen der Länder habe sich die Produktion von Land zu Land zu einer vorher ungeahnten Verschiedenheit gestaltet, so daß also in zwei Exportstaaten ein gleichzeitiger Fortschritt im Export der gleichen Artikel eintreten kann. So ist beispielsweise in der Zeit von 1902 bis 1912 die Ausfuhr englischer Maschinen nach Rußland von 48 auf 74 Millionen Franken gestiegen, um dieselbe Zeit ging die Ausfuhr deutscher Maschinen nach Rußland von 33 auf 55 Millionen in die Höhe. So land kaufte in England für 38 Millionen Eisenwaren statt für 18 und gleichzeitig in Deutschland für 60 statt für 37 Millionen usw. Meuriot kommt zu dem Schluß: „Die gleichzeitigen Fortschritte konkurrierender Staaten ohne gegenseitige Beeinträchtigung ist die Antwort, die die Statistik jenen gibt, die von dem tödlichen Duell zwischen dem deutschen und dem englischen Handel sprechen. Sehen wir dieser Phrase Tatsachen entgegen und es ist überflüssig, ein weiteres Wort hinzuzufügen.“

Wir fügen hinzu: Diese internationale Arbeitsteilung und Arbeitsergänzung, deren Voraussetzung der politische Friede ist, vollzieht sich nicht ohne Reibungen, nicht ohne Verschleibungen in der Produktionsweise — unermessliche wirtschaftliche Härten, die von Imperialisten politisch ausgeschlachtet werden können. Die wirtschaftliche Konkurrenz trägt Heilmittel in sich, was nicht hindert, daß dem Imperialisten als bequemeres und sicheres Heilmittel erscheint, den Konkurrenten einfach zu erschlagen. Diese Methode liegt freilich jenseits der Oekonomie.

Auch der englische Statistiker Crammond stellt eingehende statistische Untersuchungen über die Wirtschaftskonkurrenz beider Staaten an und versucht eine Uebersicht über den Aufschwung der deutschen Volkswirtschaft im letzten halben Jahrhundert. Er schildert den Uebergang Deutschlands vom Agrar- zum Industriestaat, der trotz Verminderung der auf dem Acker tätigen Bevölkerung durch ein bewunderungswürdiges System wissenschaftlicher Betriebsformen die Erträge der Landwirtschaft so gesteigert hat, daß Deutschland noch heute seine Stellung als eines der ersten Agrarländer behauptet. Er hebt die enorme Steigerung der Körnererträge auf den Hektar, die erstaunliche Vermehrung des deutschen Viehstandes hervor und wendet sich dann der deutschen Industrie zu, deren glänzende Entwicklung er nicht ohne Bewunderung schildert. Er erkennt auch an, daß England durch die Ausbreitung des deutschen Außenhandels, namentlich als Verfrachter durch das Anwachsen seiner Handelsmarine, wesentlich profitiert hat, indem er feststellt, daß die Hälfte von Deutschlands Seehandel in englischen Schiffen vor sich geht. Auf der anderen Seite glaubt er aber auch mit Recht, daß sich Deutschlands Industrie und Handel nicht soweit hätten entwickeln können, wenn nicht England durch seine Kolonialpolitik, durch die Kultivierung großer wertvoller Länderstrecken im europäischen Sinne den Weltmarkt ständig vergrößert und auch für deutsche Industrieprodukte aufnahmefähig gemacht hätte. Namentlich die Pionierarbeit britischen Kapitals, dessen Neuinvestitionen im Durchschnitt der letzten Jahre 3,2 Milliarden betragen haben, sei für die ganze Welt, speziell aber für Deutschland, von großartigem Vorteil gewesen — was bei dem Freihandelsystem Englands nicht bezweifelt werden kann. Die Gewährung von Krediten an unentwickelte Länder habe deren Kaufkraft ständig gesteigert, und da England nicht in der Lage gewesen sei, der Nachfrage allein zu genügen, so habe Deutschlands Industrie davon besonderen Vorteil gezogen. Von dieser Feststellung bestritten, fügt er gleichsam warnend hinzu: Sollte je ein Krieg ausbrechen und England aufhören, der Welt Kapital zu ihrer kulturellen Entwicklung zu spenden, so würde Deutschlands Export auf dem Weltmarkt ganz außerordentlich sinken. Deutschland müßte selbst in größerem Maße Kapital in fremden Ländern investieren, weit mehr, als es gegenwärtig ausführt, und diese Kapitalausfuhr würde sehr ungünstig auf seine wirtschaftliche, speziell seine industrielle Entwicklung einwirken. Solchen kriegerischen Zusammenstoßes bedürfte es zum Ausgleich des Interessengegengesatzes nicht; denn im Grunde genommen seien England und Deutschland aufeinander angewiesen und ergänzten sich gegenseitig.

Crammond rechnet den Deutschen vor, wie gewaltig England an Reichtum Deutschland überlegen sei. England brauche sich keine Sorge zu machen, daß Deutschland je in der Lage sei, es einzuholen. Das erweisen die Außenhandelsbilanzen, die er ausführlich vorrechnet. Deutschlands Gesamthandelsbilanz schließt nach Crammond mit 581 Millionen Pfund Sterling im Kredit und 607 Millionen im Debet ab, während die entsprechenden Zahlen bei Großbritannien 1004 Millionen und 1026 Millionen Pfund Sterling ergeben. Insbesondere hat aber nach seiner Berechnung England aus seinen überseeischen Kapitalinteressen so große Einkünfte, daß es, selbst wenn es für ein Jahr lang den Export ausgeben würde, in der Lage sein könnte, mindestens 375 Millionen Pfund Sterling jährlich allein aus diesen Außenständen zu erhalten. Noch behauptet Großbritannien ferner mit Leichtigkeit seinen Vorrang in der Weltschifffahrt, im Weltschiffbau, im Bankwesen und in der Weltfinanzierung. In der Textil-, der Woll- und Maschinenindustrie sei die gegenwärtige Position Englands durchaus neben derjenigen Deutschlands auch ferner zu halten, da die deutsche Industrie sich in ganz anderer Weise entwickelt habe als die englische.

So zieht der Engländer aus den Zahlen der Statistik den Schluß, daß beide Länder Hand in Hand arbeiten müßten zum Vorteil der ganzen Welt. Denn Weltaufgaben haben die beiden Staaten zu lösen. Deutschland und Großbritannien wären immer die Pioniere des sozialen Fortschritts. England ging bei der Lösung des Problems, wie man ein Volk vom reinen Agrarstaat zum Industriestaat überführt, voran, wodurch sich für Deutschland der Vorteil ergab, daß es aus den englischen Erfahrungen lernen konnte.

Große Probleme, namentlich soziale, warten noch der Lösung durch das Zusammenarbeiten der beiden Staaten zum Segen der Menschheit! Möchte ein kriegerischer Konflikt zwischen diesen beiden Staaten vermieden werden! Die wirtschaftliche Rivalität wird sich in Zukunft allmählich von selbst ausgleichen.

Wie Crammond, so dachten bis zum Kriegsausbruch viele englische Gelehrte, Kaufleute und Industrielle, ihre Auffassung blieb auch in Deutschland nicht ohne Echo. Aber die überwältigende Mehrheit der Bourgeoisie schien schon lange der imperialistischen Denkweise zu huldigen, die den langwierigen Prozeß wirtschaftlicher Konkurrenz durch den Waffengang abzukürzen und zu verbessern vorzieht. Ob sich die innige Verflechtung der Handelsinteressen und die ergänzende wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Völker nach dem Kriege wiederherstellen wird, das ist heute wohl völlig ungewiß.

## Von den Kriegsschauplätzen.

Wieder ist den Russen ein gewaltiger Schlag verfehrt worden. Eine ihrer größten Festungen, Brest-Litowsk, ist in die Hände der Deutschen und ihres Verbündeten gefallen. Damit ist den Russen der letzte Stützpunkt in dem zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn eingeteilt liegenden Teil des Reiches genommen. Brest-Litowsk, von Sümpfen umgeben, wurde noch bis vor kurzem von der Presse des Viererbundes als eine nahezu uneinnehmbare Festung bezeichnet. Nun haben die Russen sie fluchtartig verlassen, nachdem die Verbündeten von Nordwesten und Westen her in das Kernwerk eingedrungen waren. Die japanischen Offiziere, die nach verschiedenen Meldungen von den Russen zur Leitung der artilleristischen Operationen herangezogen sein sollen, konnten diese Festung ebenfalls nicht mehr retten. Nun dürften auch die wenigen Festungen und Stützpunkte, die im äußersten Westen Rußlands noch in russischem Besitz sind, nicht mehr zu halten sein. Ihr Fall wird in den nächsten Tagen erfolgen müssen. Welche Beute in der Festung gemacht wurde, ist noch nicht bekannt; hoffentlich ist sie nicht gering. Und hoffentlich gelingt es auch den Befolgern, noch nennenswerte Züge der flüchtigen Russen abzufangen.

Brest-Litowsk ist die einzige russische Festung am Bug. Nicht weniger als fünf wichtige Bahnlinien treffen hier aus allen Richtungen zusammen. Von Norden her die über Düna, Wilna, Bialostok führende Petersburger Linie. Von Westen die Linie Warschau—Lukow. Aus östlicher Richtung über Smolensk und Minsk die Linie von Moskau. Von Süden und Südosten her über Cholm die Linie von Lemberg und über Kowel die Verbindungslinie mit dem wolgynischen Festungsdreieck Luzk—Dubno—Romno. Es liegt am Zusammenfluß der Muchawez mit dem Bug, dort wo er seine nördliche Richtung verläßt und nach Nordwesten umbiegt. Dadurch deckt es den Durchgang zwischen dem hier bereits schiffbaren Bug und dem weiter östlich gelegenen unermesslichen Gebiet der Wipet- oder Kofitnasümpfe. Es sperrte aber auch mittelbar den westlichen Zugang und die Straßen, die aus dieser Richtung durch das genannte Gebiet hindurchführten. Seine Ausgestaltung als Gürtelfestung und doppelter Brückenkopf am Bug verdankt Brest-Litowsk dem polnischen Aufstande von 1831. Damals ist es mit den Weichselfestungen in ein bewußtes System gebracht worden, wobei die beiden einander ergänzenden Festungsdreiecke entstanden sind, von denen man das eine als das kleine, das andere als das große polnische Festungsdreieck bezeichnen kann. Namentlich wie Zwangorod ist Brest-Litowsk reine Militärfestung. Die eigentliche Stadt liegt etwa zwei Kilometer östlich des noch in älterer Manier auf dem rechten Bugufer und beiderseits der Muchawez erbauten Festungskerns. Das Kernwerk wird auf beiden Flußseiten von einem Fortsgürtel umschlossen, der zwölf Werke zählt, die durchschnittlich fünf Kilometer weit vorgeschoben sind. So erhält die gesamte Festung einen Umfang von rund 40 Kilometern. Die Brücke der Warschauer Bahn wurde nordwestlich der Zitadelle durch das Fort Graf Berg gesichert. Zu den Annäherungsschwierigkeiten, die im Osten, Südosten und teilweise auch im Westen die Sümpfe hervorrufen, tritt noch die Vorbereitung ausgebeuteter Ueberschwemmungen durch Schleusen und Stauerwerke



und der hohe Grundwasserstand. Man ersieht hieraus, wie schwer die verbündeten Truppen hier ringen mußten, um ihr Ziel zu erreichen. Leicht ist es ihnen gewiß nicht gemacht worden.

Bei dieser Gelegenheit erscheint uns ein Rückblick auf die Festungen, die von den Deutschen und Oesterreich-Ungarn seit Ausbruch des Krieges bezwungen worden sind, am Platze. Im Westen fielen neun Festungen in unsere Hand: Lüttich, Namur, Longwyn, Montmedy, La Ferre, Laon, Maubeuge, Antwerpen und Lille; außerdem sechs Forts: Manonviller, Givet, Les Anvelles, Sirion, Condé Camp des Romains. Im Osten verlor Rußland elf Festungen: Libau, Ragan, Pultusk, Zwangorod, Warschau, Lomza, Ostrolenta, Kowno, Kowo-Georgiewsk, Ossowiez und Brest-Litowsk an uns. Die Wegnahme der festen Plätze in Frankreich und Belgien fällt in die ersten zehn Wochen des Krieges, die der russischen Festungen begann — von der Belagerung Libaus abgesehen — erst am Ende des ersten Kriegesjahres. Lüttich fiel in übertrumpelndem Sturme, Namur nach fünftägiger Belagerung, Maubeuge nach zweltägiger Beschließung, Antwerpen, die „stärkste Festung der Welt“, nach zwölftägiger Belagerung durch verhältnismäßig schwache Truppen. Einen Teil der obengenannten Festungen und Forts verteidigten die Franzosen überhaupt nicht, ein anderer Teil ist ihnen nach kurzer Beschließung genommen, in mehreren Fällen war ein Infanteriesturm nicht nötig. Ganz ähnlich erging es auch im Osten. Libau, Ragan, Pultusk, Lomza, Ostrolenta und Ossowiez fielen ohne regelrechte Belagerung, Warschau gaben die Russen preis, als die Bloniestellung von unseren Truppen genommen wurde, auch Praga räumten sie nach vier Tagen, Zwangorod wurde am dreizehnten Tage nach Beginn des Angriffs besetzt, Kowno nach zwölftägiger Beschließung. Aber auch die Einnahme der großen Festung Kowo-Georgiewsk mit ihren mehr als 700 Geschützen und über zwei Armeekorps dauerte wenig länger: Am 7. August fiel schon das Fort Dembe, am 19. August der ganze Platz in unsere Hände. Bei Brest-Litowsk wurde eine Woche lang um die Vorstellungen gekämpft, dann die ständige Befestigung sofort im Sturm genommen.

Was wird nun im Osten werden? Die russische Offensivkraft ist für jetzt gebrochen. Wird es den Russen möglich sein, wie sie ihren Verbündeten glauben machen wollen, in verhältnismäßig kurzer Zeit in Kiew ein großes Heer — sie reden von 8 Millionen — zu konzentrieren? Man kann gespannt sein, inwieweit diese russischen Pläne zu verwirklichen sind. Daß unser östlicher Gegner über gewaltige Menschenmassen verfügt, ist bekannt. Kann er sie aber noch zu einem so großen Teil dem jetzigen Kriege dienstbar machen? Die Korrespondenz „Heer und Politik“ gibt bereits eine Antwort auf diese Frage; sie sagt: „Im allgemeinen rechnet man mit einer Zahl von 15 Millionen Männern in Rußland im wehrfähigen Alter bis zu 45 Jahren. Diese Zahlen, die im Verhältnis zur Bevölkerung in anderen Ländern zutreffend wären, haben sich aber für Rußland als unrichtig und zu hoch erwiesen. . . Nach den statistischen Erhebungen kommen für Rußland nicht viel mehr als 10 Millionen wehrfähiger Männer bis zu 45 Jahren in Betracht. . . Aus den Zahlen über die letzte Aushebung erkennen wir, daß die Militärtauglichkeit Rußlands — abgesehen von den oben angeführten Gründen — auch im ganzen Volke organisch gelitten hat. So waren von den Wehrpflichtigen der letzten Friedensaushebung 40 Proz. dienstuntauglich. Im ganzen mußten sich 722 395 der ärztlichen Untersuchung unterziehen. Davon waren rund 300 000 unbrauchbar. Einberufen wurden 1 176 990 Mann. Davon waren fast 100 000 dem Einberufungsbesehle überhaupt nicht gefolgt. Ohne uns weiter auf die Angaben über die Militärtauglichkeit der einzelnen Völkerschaften einzulassen zu wollen, können wir feststellen, daß fast 20 000 Mann zur Erreichung des festgesetzten Rekruten-Kontingents fehlten, trotzdem, wie schon bemerkt, zur Aushebung der erforderlichen Rekrutenzahl mehr als 1 175 000 einberufen worden waren. Man kann schon aus diesen Zahlen entnehmen, wie unmöglich jetzt nach den ungeheuren Verlusten des russischen Heeres, und nachdem alle Reserven, Reichswehr und Ersatzmannschaften zu den Jahren gerufen worden sind, die Aufstellung eines Heeres von 8 Millionen Mann ist. . . Eine andere recht unterhaltliche Frage würde aber noch zu stellen sein — selbst wenn so viel Menschen da wären — wie Rußland für ein Heer von 8 Millionen Mann Offiziere und Unteroffiziere schaffen will, da es jetzt schon daran Mangel hat. Wie Rußland Gewehre und Geschütze, Munition und Kleidung besorgen will? Auf die Antwort des russischen Kriegsministers könnte man wirklich gespannt sein.“

England will nun anscheinend seinem russischen Verbündeten zu Hilfe eilen. Anlässlich der jetzt erfolgten Wiederöffnung der schwedisch-englischen Verhandlungen schreibt der militärische Mitarbeiter des „Stockholms Dagblad“: „Der Schlichter, der über den operativen Abgängen des Bierzweckes lag, beginnt sich zu lästern. Das Streben Englands geht darauf hinaus, den Durchgangsverkehr nach Rußland über die skandinavischen Halbinsel wieder zu eröffnen, denn Rußland muß mit allen Mitteln Luft geschaffen werden, deshalb ist Deutschlands Umfassung von Norden unerlässlich, wenn der Bierzweck noch eine Entscheidung erzwingen will.“ — Auch dieser Plan wird, wie heute schon gesagt werden kann, scheitern.

Die der Verteilung Europas nach dem Kriege ist es nach den Vorschlägen englischer, französischer und italienischer Diplomaten eine zu bildende Kommission

der Entente beschäftigen. Ein solcher Vorschlag müßte in der gegenwärtigen Zeit einfach lächerlich an; daß er überhaupt ernsthaft gemacht werden konnte, ist ein Beweis dafür, auf welcher niedrigen Geistesstufe die Verantwortlichen dieses Vorschlages stehen.

Wieder liegen heute eine Anzahl Vorschläge darüber vor, wie England die Balkanstaaten dazu pressen, ihm Gefolgschaft zu leisten.

Aus Konstantinopel wird gemeldet: Die Blockade des Hafens von Dedeagatsch durch die englische Flotte dauert trotz des Einspruches der bulgarischen Regierung ungeschwächt fort; englische Kriegsschiffe liegen ständig vor dem Hafen und unterjuchen jedes ein- und ausfahrende Schiff. Den bulgarischen Handelskreisen erwächst durch dieses Vorgehen Englands beträchtlicher Schaden. Es wird erzählt, daß englische Offiziere, die auf einige Stunden in Dedeagatsch an Land kamen, geäußert hätten, Bulgarien würde England noch weit unangenehmer kennen lernen, wenn es sich weigern sollte, den Forderungen Englands nachzukommen.

Auch den Serben zwingt England seinen Willen auf. Am 16. August hat der englische Gesandte in Belgrad den serbischen Ministerpräsidenten Pajtsitsch aufgesucht, um ihn zu veranlassen, den bulgarischen Forderungen nachzugeben. Pajtsitsch forderte Aufklärung über folgende Punkte: Ob die Vorschläge der Entente endgültig seien und nicht mehr geändert werden könnten; wo die serbische und die bulgarische Grenze sich berührten, und welche Kompensationen Serbien für die zu bringenden Opfer gemährt werden würden. Der englische Gesandte hat erklärt, daß die Note des Bierzweckes unabänderlich sei; Serbien müsse die strittigen Gebiete sofort und ohne weitere Verhandlungen abtreten. Punktum!

Am ärgsten verfährt England mit Griechenland. Es befehlt nicht nur griechische Inseln, die England zu den Operationen vor den Dardanellen benötigt, der englische Gesandte in Athen hat neuerdings sogar von der griechischen Regierung die Anstellung englischer Kontrollbeamter in den mezedonischen Zollämtern gefordert für den Fall, daß sie die Durchsicherung griechischer Schiffe, welche dem griechischen Seehandel großen Schaden zufügt, künftighin vermeiden will. Der Gesandte hat diese Forderung im Namen aller Mächte des Bierzweckes gestellt. Die griechische Regierung soll dies Ansinnen zurückgewiesen haben.

Man muß sich über die Dreistigkeit und Frechheit, wie England die neutralen Staaten behandelt, wundern. Dasselbe England, das sich bekanntlich zum Beschützer des neutralen Belgiens aufwarf, tritt hier die Rechte der Neutralen mit Füßen!

#### Die Kriegslage.

W.B. Großes Hauptquartier, 26. August. (Amlich.)

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Beau-Sejour in der Champagne wurde ein vorgehender befehlter Sprengtrichter gegen französische Angriffe beobachtet.

Zwei feindliche Flugzeuggeschwader waren gestern im Saartal oberhalb und unterhalb Saarlouis beobachtet. Mehrere Personen wurden getötet oder verletzt; der Sachschaden ist unerheblich. Vor ihrem Start waren die Geschwader in ihrem Hafen Nancy mit gutem Erfolge von unseren Fliegern angegriffen worden; außerdem bückten sie 4 Flugzeuge ein. Eines stürzte bei Bolchen brennend ab. Führer und Beobachter sind tot; eines fiel bei Remilly mit seinen Insassen unverletzt in unsere Hände. Ein drittes wurde von einem deutschen Kampfflieger bei Arracourt (nördlich Lunville) dicht vor der französischen Linie zur Landung gezwungen und von unserer Artillerie zerstört. Der vierte Flieger stürzte im Feuer unserer Abwehrgeschütze bei Mourone (südlich von Romeng) hinter der feindlichen Front ab.

#### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Bei Bausz und Schönberg (südlich von Mitau) haben sich Gehechte entwickelt. Ostlich und südlich von Kowno nahmen die Kämpfe ihren Fortgang. Vor Olita nähern sich unsere Truppen den Vorkstellungen des Feindes. Zwischen Sejna und Merez (am Njemen) wurde der Feind geworfen.

Auch im Walde östlich von Augustow dringen Teile des Generalobersten von Eichhorn nach Osten vor.

Weiter südlich wird am Berezowa-Abchnitt gekämpft.

Unsere Spitzreihen haben Bialystok erreicht.

Die Armee des Generals von Gallwitz warf den Feind beim Orlanda-Abchnitt (nördlich und südlich von Bielst) zurück.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Der schwergeschlagene Feind flüchtete in das Innere des Bialowieska-Waldes. Nur südlich des Forstes in der Gegend nordwestlich von Kamieniec-Pitowsk hält er noch stand.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Radenzen.

Die Festung Brest-Litowsk ist gefallen. Während des österreichisch-ungarischen Korps des Feldmarschallleutnants von Arz getrennt nach Kampf 2 Forts der Westfront nahen, führte das brandenburgische 22. Reservekorps die Werke der Nordwestfront und drang in der Nacht in das Kernwerk ein. Der Feind gab darauf die Festung preis.

Auf der ganzen Front der Heeresgruppe von Bialowieska-Fort bis zum Sumpfbereich des Prippet (südlich von Brest-Litowsk) ist die Verfolgung in vollem Gange.

#### Die oberste Heeresleitung.

Wien, 26. August. Amlich wird berichtet:

#### Russischer Kriegsschauplatz.

Die Festung Brest-Litowsk ist gefallen. Ungarische Landwehr des Generals v. Arz entließ gestern dem Feinde das südwestlich der Festung gelegene Fort Kaplan, durchbrach damit die äußere Verteidigung und fiel dem zunächst liegenden Werk in den Rücken. Wehrmachtliche, polnische und nordmährische Infanterie ergriffen gleichzeitig das Fort südlich der Orlanda-Front. Deutsche Truppen bemächtigten sich dreier Werke an der Nordwestfront und besetzten heute früh die an der Bahnstraße gelegene Zitadelle. Unterdessen drängten unsere Truppen den Feind auch über die Desna und im Wald- und Sumpfbereich südlich von Brest-Litowsk zurück und unsere von Kowno nordwärts verfolgende Kavallerie warf russische Reiter bei Bacia und Wapna. Bei den in Ostpreußen befindlichen Truppen nichts Neues.

#### Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Doberdo-Abchnitt griffen die Italiener gestern mit den Monte dei Sei Busi neuerdings an, wurden aber, wie immer zurückgeschlagen. Vor dem Görzer Bridentopf herrscht Ruhe. In der übrigen süstentländischen Front fanden stellenweise heftige Schießkämpfe statt. So namentlich im Raume von Kstlich, wo die feindliche Infanterie vorläufig heranzugewandert. Der bereits als abgeschlagener gemeldete Angriff gegen den Nordabchnitt der Hochfläche von Lavarone wurde von starken feindlichen Kräften geführt. Nach 10-tägiger, auch die Nächte andauernder heftiger Beschließung unserer Werke steigerte die feindliche Artillerie vorgestern ihr Feuer gegen die Front Cima Mezzena-Bosion zu der größten Heftigkeit und Schnelligkeit. Bis nach Mitternacht überschüttete sie unsere Stellungen mit Geschossen aller Kaliber, sodann schritten mehrere Infanterieregimenter und Alpini-Bataillone zum Angriff. Unsere braven tirale Truppen schlugen, von oberösterreichischen Schützen und Artillerie hervorragend unterstützt, alle Stürme zurück. In den Morgenstunden war der feindliche Angriff endgültig zusammengebrochen. In den Hindernissen allein liegen 200 tote Italiener. Danach läßt sich ermessen, welche Opfer der Angriff gekostet haben mag. Wir hatten nur geringe Verluste. Einer unserer Flieger erzielte in der Munitionsfabrik von Brescia mehrere Bombentreffer.

## Gegen Frankreich und Belgien.

### Strafe für Arbeitsverweigerer in Belgien.

Der Generalgouverneur erläßt eine Verordnung, durch die jeder unter Strafe gestellt wird, der die Übernahme oder die Fortsetzung einer im öffentlichen Interesse liegenden und von den deutschen Behörden verlangten, seiner beruflichen Tätigkeit entsprechenden Arbeit ohne hinreichenden Grund verweigert. Es werden auch die Personen bestraft, die andere Personen durch Zwang, Drohung, Überredung oder andere Mittel an der Arbeit für deutsche Behörden verhindern oder ihnen Unterstützung gewähren, damit sie die Arbeit verweigern. Im Zusammenhang mit der Verordnung werden auch Maßnahmen gegen die Arbeitsscheu verhängt, und es wird bestimmt, daß der, der die Übernahme von Arbeit verweigert, obwohl er öffentliche oder private Unterstützung erhält oder durch seine Ablehnung unterstützungsbedürftig wird, ebenfalls bestraft wird. Als hinreichender Weigerungsgrund wird insbesondere jeder auf dem Völkerrechte beruhende angesehen.

## Gegen Rußland.

### Verstörung russischer Signalstationen.

W.B. Berlin, 26. August. (Amlich.) Am 25. August hat einer unserer kleinen Kreuzer die russische Signalstation Kap Sibirskaja auf der Insel Dagö beschossen und teilweise zerstört. Zu gleicher Zeit hat ein anderer kleiner Kreuzer die Signalstation Andreasberg, gleichfalls auf Dagö, unter Feuer genommen. Feindliche Streitkräfte wurden nicht gesichtet.

Der stellvertretende Chef des Admiralsstabes  
geß. Behncke.

### Jacobstadt wird geräumt.

Auf behördliche Anordnung muß Jacobstadt bis heute Freitag von seiner gesamten Zivilbevölkerung geräumt werden. Jacobstadt, an der Bahnstation Kreuzberg, liegt etwa halbwegs an der Eisenbahnlinie Riga—Dünaburg.

### Revolutionssucht in Rußland.

Aus Newyork meldet der Vertreter des Wolffschen Bureaus durch Funkpruch: Der amerikanische Vizekonsul in Koston, der auf dem Dampfer „Hellig Olaf“ hier eintraf, erklärt, daß zahlreiche wohlinformierte Persönlichkeiten in Petersburg eine Revolution mehr als das Vorrücken der Deutschen fürchten. Vor einigen Wochen seien Plakate in Petersburg angeschlagen worden, in denen das Volk in flammenden Worten zum Aufstand aufgefordert wurde.

### Unterchleife in Petersburg.

In den Putilow-Werken in Petersburg, der größten russischen Fabrik für Kriegsmunition, sind außerordentlich große Unterchleife entdeckt worden. Der Kriegsminister hat eine Revision der gesamten Geschäftsführung und namentlich auch der artilleristischen Geheimzeichnungen der Werke angeordnet.

## Gegen England.

### Neuer Bergarbeiterausstand.

Der „Newyorker Courant“ meldet aus London: Im Bezirk von Südwales ist ein neuer Ausstand ausgebrochen. Etwa 1000 Bergarbeiter in Pontypridd haben die Arbeit niedergelegt, ohne vorher die Dienste des staatlichen Vermittlungsamtes angerufen zu haben. Sie erklärten, nicht eher zur Arbeit zurückkehren zu wollen, bis auch den Maschinisten und Heizern, die nach der letzten Entscheidung von Runciman den Sonderlohn für Nachtarbeit nicht bekommen sollten, der Sonderlohn gewährt würde. — „Daily News“ betrachtet die Weigerung der Walliser Bergleute, Runcimans Schiedsspruch anzunehmen, mit ernster Sorge. Die Ablehnung schaffe eine ernste Lage. Die Haltung der Bergleute sei unentschuldigbar, außer wenn man den Grundsatz aufstellen wolle, daß der Schiedsspruch nur bindend sein solle, wenn er günstig ausfalle.

### Die englischen Gewerkschaften gegen die Wehrpflicht.

Die Frage der allgemeinen Wehrpflicht wird auf dem Gewerkschaftskongress in Bristol erörtert werden. Der parlamentarische Ausschuss bereitet einen Beschlusantrag vor, der in schärfster Weise gegen die Einführung der Wehrpflicht Stellung nehmen wird. Der Vorsitzende der Arbeiterpartei Lodge teilte mit, daß fast alle Mitglieder die Wehrpflicht in jeder Form entschieden bekämpfen. — Der Vorsitzende des Transportarbeiterverbandes Gosling erklärte, das Transportgewerbe und mehrere große Industrien litten bereits stark unter Arbeitermangel, so daß alle Lebensbedürfnisse im Preise stiegen, ohne daß Aussicht auf Besserung bestehe. Die Wehrpflicht in den Häfen beruhe auf dem Mangel an Arbeitern. Er habe es aufgegeben, Rekrutierungsreden zu halten, weil die Arbeiter nicht entbehrt und nicht ersetzt werden könnten.

## Gegen Italien.

### Fliegerangriff auf Brescia.

Mittwoch früh 6½ Uhr erschien über Brescia ein österreichisches Flugzeug, das, bevor es vom Feinde erkannt wurde, obwohl es in weniger als 300 Meter Höhe flog, auf die



darfige Gewerkschaften vier Bomben abwarf, die sämtlich ihr Ziel erreichten. Sechs Arbeiter wurden getötet, etwa 40 verwundet, darunter zehn schwer.

### Die Askaris gegen die Oesterreicher.

Nach dem „Corriere della Sera“ besteht der Plan, die in Ägypten gelandeten 2000 libyschen Askaris gegen die Oesterreicher zu verwenden. Die Askaris zählen mit ihren Familien 5000 Personen; sie kampieren in einem großen Lager bei Florida im Bezirk Syrakus. Sie haben angeblich den lebhaften Wunsch geäußert, zu Fuß ganz Italien zu durchwandern, um so die Schönheiten ihres neuen Vaterlandes kennen zu lernen und danach an der Verteidigung desselben gegen seine Feinde teilzunehmen.

### Streiks und Verhaftungen in Italien.

Die Arbeiter der Munitionsfabriken in Mailand forderten Lohnhöhung, sie drohen mit Arbeitseinstellung. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der fast ausschließlich mit der Herstellung von Militärluch beschäftigten Textilfabriken in Turin haben gestern die Arbeit eingestellt. Der Schriftführer des Textilarbeiterverbandes wurde verhaftet. In einer Versammlung der Delegierten der Arbeiterkammer von Turin erklärten sich sämtliche Delegierten mit den streikenden solidarisch.

### Der Seekrieg.

#### Zechs brennende Schiffe auf dem Meer.

Der Kopenhagener Dampfer „Nimrod“, der am Mittwoch mit einer Kohlenladung von Leith im Hafen von Aarhus eingelaufen ist, passierte auf seiner Reise über die Nordsee sechs größere Schiffe, die in Flammen standen. Wahrscheinlich handelt es sich um mit Grubenholz beladene Schiffe, die von den deutschen Unterseebooten in Brand geschossen wurden, nachdem die Besatzung die Schiffe verlassen hatte.

#### Torpediert.

Der aus Barry kommende norwegische Dampfer „Havtor“ nahm am 21. August 40 Schiffsbrüchige des englischen Dampfers „Windsor“ auf, welcher von einem deutschen Unterseeboot versenkt wurde. „Windsor“ war von London nach Italien bestimmt.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, 27. August.

**Lebensmittel-Kommissionen.** In Berlin und verschiedenen anderen Städten sind amtliche Lebensmittel-Kommissionen gebildet worden, denen die Aufgabe übertragen ist, die Preisbildung auf dem Lebensmittelmarkt zu überwachen. Je nach ihren Beobachtungen und Erfahrungen sollen dann die nötigen Maßnahmen gegen unzulässige Erhöhung der Lebensmittelpreise getroffen werden.

Wie diese Kommissionen wirken, welchen Einfluß sie auf die Preisgestaltung ausüben werden, muß man ja abwarten. Immerhin läßt sich nicht verkennen, daß die ganze Bekämpfung der Lebensmittelpreissteigerung eine wenig geregelte und systematische war. Man ließ und läßt alles gehen, wie es gehen will, und greift ein, wenn schon allerlei Unheil geschehen ist, das hinterdrein gar nicht wieder gut gemacht werden kann. Eine stetige aufmerksame Beobachtung des gesamten Lebensmittelmarktes und seiner Preisbildung könnte für die Maßnahmen der Stadtverwaltung, denen durch die Bundesratsverordnungen ja große Rechte eingeräumt sind, eine vorzügliche Grundlage geben. Deshalb möchten wir die Einrichtung einer solchen Lebensmittel-Kommission auch für Lübeck dringend wünschen. Groß- und Kleinhandel haben sehr gesündigt, und die staatlichen Organe haben sich vielfach von Händler- und Produzenteninteressen sehr zum Schaden der Verbraucher stark beeinflussen lassen.

**Stimmungsbilder vom Lande.** Der August, der bei uns noch als Hochsommermonat gilt, ist nahezu abgelaufen, ohne sich durch einen reichlichen Sonnenschein oder gar Hundstagstemperaturen fühlbar zu machen; er ist im Gegenteil in diesem Jahre ein recht unfreundlicher, mürrischer Geselle gewesen ohne Wärme und ohne Sonne und das Kleid, das er sich heuer ausgesucht hat, zeigt zumal jetzt in seinen letzten Tagen merkwürdig viel frühherbstliche Farben. Feuchte, milchweiße Nebel wallen bereits am Morgen über das Land und überrieseln alles, was in Frucht und Blüte steht, mit einem feinen Sprühregen. Ueber den weiten Flächen, auf denen der leuchtende Glanz des Sommers zu früh verblaßt ist, ballt sich ein regenschwerer, dunkelgrauer Himmel, der an unfreundliche Oktobertage erinnert.

Das Korn ist fast überall abgeerntet und bräunliches Stoppelland dehnt sich jetzt da, wo vor wenigen Wochen noch der Boden unter einer einzigen goldgelben Woge zu schwanke schien. Der Sauer, der noch auf dem Halme steht, hat bis jetzt nicht die rechte Farbe angenommen und es schimmert noch weiß und grün durch den Bestand. An manchen Orten ist man schon daran gegangen, das Grummet, das in seltener Leppigkeit vorhanden ist, abzumähen. Wer von den Dahs-Gebliebenen mit der Sense vertraut ist, wandert jetzt vor Tau und Tag in die feuchten Wiesengründe zur Arbeit. Nur die Sonne fehlt, um die ausgebreiteten Graschwaden rasch zu dörren, und so müssen sie tagelang hin- und hergewendet werden, müssen, wenn sie unterwegs etwas abgetrocknet sind, über Nacht auf Haufen geschichtet werden, um am kommenden Morgen wieder in dünnen Lagen über den ganzen Grund gebreitet zu werden. Von den Obstbäumen fällt infolge des vielen Regens häufiger die unausgereifte oder vom Wurm ausgehöhlte Frucht, wohl auch manches zu früh gedörnte Blatt. Im allgemeinen versprechen aber auch die Obstbäume eine gute Ernte und während bis jetzt die Äpfel und Birnen unter dem Grün des Laubes versteckt waren, treten sie nun mit jedem Tage in den leuchtenderen Farben der zunehmenden Reife mehr und mehr hervor.

In den Dörfern selbst fühlt man die Nähe des Herbstes; die Tage, an denen schwankende Führer mit hochaufgetürmten Getreidegarben über die halperige Dorfstraße rollen, sind im großen und ganzen vorbei. Glänzende Pilzscharen, die einige Monate lang im hintersten Scheunenwinkel gelegen, stehen wieder mitten im Hofraum und die vielzähligen Ecken liegen bereit, frisch aufgeworfene Erdhölzer zu zerreißen. An Tagen, an denen herbstlich kalte Regenschauer Dorf und Gemarkung in graue Schleier hüllen, ist wohl auch schon der gleichmäßige Tatt des Dreschens aus der Scheunentenne zu hören. Und in dem abgelegenen Dorfe, in dem sonst jeder Fremde Neugierde weckte, sind die Kriegsgefangenen seit Wochen etwas Gewohntes geworden. Die veränderten Zeiten haben eben auch die Menschen im Dorfe verändert.

Zur Ablieferung von Gegenständen aus Kupfer, Messing und Zinn wird uns von amtlicher Seite folgendes mitgeteilt: Bei der Ablieferungsstelle (Firma Meyer u. Co., Wertstraße 2, Germprecher 551) werden die seit dem 31. Juli beschlagnahmten Gegenstände aus Kupfer, Messing (Kotguss, Tombak, Bronze) und Zinn angenommen und außerdem von demselben Bedingungen gewillt; andere Gegenstände aus diesen Metallen, die keiner Be-

schlagnahme unterliegen. — Seit dem 31. Juli sind beschlagnahmt alle Geschirre und Wirtschasgeräthe aus diesen Metallen für Küchen und Badstuben, zum Beispiel Koch- und Einlegekessel, Marmeladen- und Speisekessel, Zuckerkocher, Pfannen, Badformen, Kasserollen, Schüssel, kupferne Töpfe, messingene Mörtel usw., solche Servierplatten aus Nickel, die als Küchengeräte anzusehen sind. Außerdem sind in der Beschlagnahmeverfügung vom 31. Juli noch folgende Gegenstände ausdrücklich aufgeführt: 1. aus Kupfer oder Messing: Waschkessel, Türen an Kochlöfen, Kochmaschinen oder Herden, Badewannen, Warmwasserhähne, Behälter, Blasen, Schlangen, Druckkessel, Warmwasserheizer (Boiler) in Kochmaschinen und Herden, Wasserläusen, eingebaute Keisel aller Art; 2. aus Reinnickel: Einfache für Kochanrichtungen, wie Kessel, Deckelkannen, Innentöpfe nebst Deckeln an Kippkäpfen, Kartoffel-, Fisch- und Fleischinjektoren usw. nebst Reinnickelarmaturen. Alle bisher genannten Gegenstände müssen entweder jetzt abgeliefert oder später nach Herausgabe der Vorbrude gemeldet werden. Sie dürfen im übrigen nicht verändert oder veräußert, auch nicht gepfändet werden. Von allen diesen Bestimmungen werden nicht nur die Gewerbetreibenden, sondern auch die Hausstände betroffen. Alles Kupfer, Messing oder Reinnickel, das sonst noch in Hausständen in Gebrauch ist, ist bisher nicht beschlagnahmt. Trotzdem können zu denselben Uebernahmepreisen, wie die übrigen genannten, noch folgende Gegenstände abgeliefert werden: Teekannen, Kaffeekannen, Milchkannen, Kaffeemaschinen, Teemaschinen, Zuckerdosen, Teeglashalter, Menagen, Messerbänke, Zahntaschergehefte, Tafelaufsätze jeder Art, Tafelgeschirre, Rauchservice, Säulenwagen, Spritzschranke, Schantischarmaturen, Badesöfen. Was an derartigem Gerät entbehrlich oder ersehbar ist, sollte im vaterländischen Interesse abgeliefert werden. Die Uebernahmepreise sind reichlich bemessen.

**Nach Sebanfeiern?** Der Senat erläßt eine Bekanntmachung, in welcher Anordnungen zur Feier des zweiten September enthalten sind. Glockengeläut, Aussetzung des Schulunterrichts, Schulfestlichkeiten sind vorgesehen. Mancher, der sonst nicht untern ablenkenden Standpunkt zu derartigen Dingen teilt, wird sich angefaßt der ungeheuerlichen Geschehnisse, deren Zeuge wir sind, die Frage vorlegen, ist jetzt eine solche Feier wirklich zweckmäßig oder nötig? Die Ereignisse unserer Tage überragen in ihrer Bedeutung den Tag von Sedan um vieles. Auf die Gegenwart ist jetzt das Denken gerichtet, und auf die Gestaltung der Dinge, die uns die Gegenwart bringen wird. Und was jetzt das Volk vereint und zusammenhält ist nichts anderes als der Wille, den Notwendigkeiten der Gegenwart und der Zukunft gewachsen zu sein. Über das Vergangene, besonders über die bewegenden Kräfte, die in der Vergangenheit wirkten, sind die Meinungen geteilt. Bei solchen Feiern kommt aber in der Regel nur die Meinung von einer Seite zum Ausdruck. Die vielen, die nicht damit einverstanden sind, stehen und — schweigen.

Mit der Frage des Nachbaderboots beschäftigte sich eine gestern Abend im Gewerkschaftshaus abgehaltene Versammlung der Bäckereiarbeiter. An der Hand eines reichhaltigen Materials wies der Referent, Genosse Stelling, nach, daß die in einer Petition an den Reichstag und Bundesrat erhobene Forderung des Baderboots für die Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens auch nach dem Kriege durchführbar sei und daß ihre Verwirklichung nicht nur im Interesse der Bäckereiarbeiter, sondern der gesamten Bevölkerung liege. Durch die Beseitigung der gesundheitschädlichen Nacharbeit sei eine weitläufigere Gewähr für die notwendige Sauberkeit bei der Herstellung des Brodes gegeben als bisher. Die Bäckereiarbeiter müßten alles ansetzen, um ihrer Forderung, der auch weite Kreise der Sympathisch gegenüberstünden, den nötigen Nachdruck zu verleihen. In der Debatte wurden die Ausführungen des Referenten vom Genossen Puls ergänzt und von ihm die Bitte ausgesprochen, daß die organisierte Arbeiterschaft den Bäckereiarbeitern in ihrem Kampfe um die dauernde Beseitigung der Nacharbeit tatkräftige Hilfe leisten möge.

**Stiefel für unsere Kriegsgefangenen.** Die Fürsorge für deutsche Kriegsgefangene vom Roten Kreuz bittet für die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich um abgelegte Herrenstiefel, da aus verschiedenen Gefangenenlagern die dringende Bitte um gebrauchtes Schuhzeug an sie ergangen ist. Etwa nötige Ausbesserungen der Stiefel läßt die Fürsorgestelle vor Absendung auf ihre Kosten vornehmen. Die Fürsorge für deutsche Kriegsgefangene vom Roten Kreuz ist zur Annahme werktäglich von 11—1 und 4½ bis 7 Uhr geöffnet. Auch werden die Zuwendungen nach Benachrichtigung gern abgeholt.

**Verhaftung eines entwichenen Russen.** Der Milchverkäufer L. der Hansa-Meierei beobachtete, als er sich am 25. morgens zur Hansa-Meierei begab, eine verdächtig Persönlichkeit, die sich auf den Hof eines Nachbargrundstücks begeben wollte. Der Milchverkäufer L. ging ihm nach und sah, daß es anscheinend ein entwichener gefangener Russe war. Auf Befragen, ob er russischer Soldat sei, bestätigte er dies. Der Milchverkäufer L. nahm ihn darauf hin fest und lieferte ihn der Militärbehörde aus.

**Ein Rahm gestohlen.** Gestohlen ist in der Nacht vom 21. auf den 22. ds. Mts. aus einem der Westler Moore, ein aus Eichenholz gefertigter Rahm. Derselbe ist 3½ Meter lang und 0,60 Meter breit. In demselben befinden sich 2 Stühretter. Den vorfindenden Spuren nach zu urteilen, ist der Rahm nach den auf Mecklenburgischem Gebiete liegenden Mooren verschleppt worden. Personen, die nähere Angaben über den Verbleib des Rahms sowie über die Täter machen können, werden ersucht, sich im Geschäftszimmer der Kriminal-Polizei zu melden.

**Schlutap.** Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats findet morgen — Sonnabend — von 5—7 Uhr nachmittags im Lokale des Herrn Saborowski, „Gasthof zur Linde“, statt.

**Hamburg.** Das Gewerkschaftskomitee von Hamburg-Altona beschäftigte sich in einer Versammlung der Delegierten und Vorstandsmitglieder mit der durch den Krieg erforderlichen Einschränkung im Bildungswesen. Der Referent, Genosse Birckholz, betonte, daß, als die Zentralkommission vor die Notwendigkeit gestellt wurde, die Ausgaben für das Bildungswesen einzuschränken, sie sich darin einig war, daß das Wichtigste erhalten bleiben müsse; einen großen Raum nahmen bisher die Elementarkurse ein; da jedoch die Fortbildungsschule nun auch für ungelernete Arbeiter obligatorisch werde, werde die Vorbildung der Kursteilnehmer eine Einschränkung der Elementarkurse möglich machen; nur die Oberstufen sollten beibehalten werden; durch den Fortfall der Elementarkurse würden 1700 Mark gespart werden; die Summe erhöhe sich noch durch die beantragte Erhöhung der Beiträge; Arbeitslose und Jugendliche sollten wie bisher beitragsfrei bleiben; von der Veranstaltung von Volkshausspielen in eigener Regie müsse in Zukunft abgesehen werden, da bei den beschränkten Mitteln das Risiko zu groß sei; durch den Abbruch der Spiele beim Kriegsausbruch sei ein Fehlbetrag von 4000 Mark entstanden; am allerwenigsten habe noch die Jugendbewegung unter dem Krieg gelitten; der Rückgang um etwa 300 Teilnehmer sei auf die wirtschaftlichen Verhältnisse und auf die Tatsache zurückzuführen, daß etwa 80 Leiter eingezogen seien; die größten Kosten für den Jugendbund erwachsen der Zentralkommission durch die Jugendheime; deshalb solle Pflichtbeitrag wieder eingeführt werden; die größten Ersparnisse sollten vor allem bei der Bibliothek gemacht werden, da es sich immer mehr zeigte, daß diese einen Vergleich mit den öffentlichen Bibliotheken nicht im entferntesten aushalte. Nach längerer Debatte wurden entsprechende Beschlüsse gefaßt.

**Doberan.** Milchkrieg. Laut Verfügung des Doberaner Magistrats ist der Milchpreis auf 18 Pfg. pro Liter festgelegt, wenn die Milch vorkaus geliefert wird; holt der Konsument sie aber selbst ab, dann soll sie nur 16 Pfg. pro Liter kosten. Diese Preisfestsetzung ist sehr zu begrüßen und entspricht auch den früher gezahlten Preisen, entspricht auch den obwaltenden Verhältnissen; es kann für diesen Preis sehr wohl von den Produ-

zenten geliefert werden. Anderer Meinung ist der Besitzer der hiesigen Molkerei. Er läßt deshalb durch seine Milchwagenfahrer, wie auch durch die Ortspreffe bekanntmachen, daß er den Verkauf einstellen, da er für die festgesetzten Höchstpreise seine Produkte nicht abgeben könne. Nun ergaben die Erhebungen, daß die Molkerei, gestützt auf die früheren Lieferungsverträge mit den auswärtigen Milchproduzenten, die Milch noch genau zu den gleichen Preisen erhält wie früher vor dem Kriege. Erstundigte man sich nach dem Grunde dieser Preissteigerung, dann wurde erwidert: „Es ist Milch genug vorhanden, aber sie kostet nun einmal soviel.“ Ein Mangel an Milch ist auch nicht eingetreten. Wie aber jetzt die Frage lösen? Familien mit Kindern sind auf die Milch angewiesen, können ohne diese absolut nicht sein; auch dort, wo es sich um Kranke oder schwache Menschen handelt, wird die Milchfrage bald brennend werden. Die Molkerei will ihre Milch verbuttern, die Butter wird dann verhandelt und damit ist der Milchkrieg in Doberan perfekt.

### Neueste Nachrichten.

#### Die Kriegslage.

#### 6000 Gefangene. Olita geräumt und besetzt.

WZ. Großes Hauptquartier, 27. August. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

In der Champagne und auf den Maasshöhen wurden französische Schanzanlagen durch Sprengungen zerstört. In den Vogesen wurde ein schwacher französischer Vorstoß leicht abgewiesen.

#### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Hindenburg.

Die Gefechte bei Baust und Schönberg (südöstlich von Mitau) und in Gegend östlich von Rowno dauern an. 2450 Russen sind gefangen, 4 Geschütze und 3 Maschinengewehre erbeutet. Südöstlich von Rowno wurde der Feind geworfen.

Die Festung Olita ist von den Russen geräumt und von uns besetzt.

Weiter südlich sind die deutschen Truppen gegen den Njemen im Vorgehen. Die Verfolgung ist auf der ganzen Front zwischen Suchawola (an der Berezowka) und im Bialomieska-Fort im Gange. Am 25. und 26. August brachte die Armee des Generals von Gallwitz 3500 Gefangene und 5 Maschinengewehre.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Die Heeresgruppe verfolgt. Ihr rechter Flügel kämpft um den Uebergang über den Abschnitt der Resna-Prava (nordöstlich von Kamenez-Pitowsk).

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Nordöstlich von Brest-Litowsk nähern sich unsere Truppen der Straße Kamenez-Pitowsk—Minsk. Südöstlich von Brest-Litowsk wurde der Feind über den Rpta-Abschnitt zurückgeworfen. Die oberste Heeresleitung.

Genf, 26. August. Eine sehr erhebliche Explosion ereignete sich gestern nachmittag in den pyrotechnischen Werken in Becq, wo etwa 100 Arbeiter beschäftigt sind. Trotz des strengen Rauchverbotes entzündete in einem Laboratorium ein Arbeiter eine Zigarette, während er im Begriff war, einen Munitionskörper zu bearbeiten. Unmittelbar darauf gab es eine furchtbare Explosion. Die dort arbeitenden fünf Personen, darunter der vorstehende Chemiker, wurden auf der Stelle getötet. Die Mauern und das Dach des Gebäudes stürzten mit donnerndem Getöse ein. Auf telephonische Benachrichtigung eilten Minister Millerand und mehrere höhere Offiziere sowie der Seinepräfect herbei. Die übrigen Gebäude des Laboratoriums blieben verschont, so daß der Betrieb der Werke angeblich aufrechterhalten werden kann.

Zürich, 26. August. Die amerikanischen Zeitungen „The Egelyn American“ in Newyork und der San Franziskoer „Call“ melden, wie die „Neue Zürcher Zeitung“ mitteilt, daß es an der Nordwestgrenze von Indien zu heftigen Kämpfen zwischen den englischen Grenztruppen und den Truppen des Emirs von Afghanistan gekommen sei, wobei auf englischer Seite 3000 Mann fielen. Eine erbitterte Schlacht, die bei Lahore, der Hauptstadt des Punjab, im vorigen Monat stattfand, hat 20 Tage lang gedauert. Die Besatzungen von drei Kasernen in Lahore hatten sich empört und wurden von der Zivilbevölkerung unterstützt. Die Empörer griffen Lahore in einer Stärke von beinahe 5000 Mann an und bemächtigten sich innerhalb dreier Tage der Stadt. Verstärkungen wurden rasch den Regierungstruppen gesandt welche ungefähr 8000 Mann zählten. Die ihnen gegenüberstehende Uebermacht zwang die indischen Aufriührer nach einer schweren Schlacht, die Stadt aufzugeben. Ähnliche Aufstände haben auch an anderen Orten stattgefunden.

Chiasso, 26. August. Der „Secolo“ meldet aus Konstantinopel, daß der Scheich-ul-Islam in Konstantinopel den Heiligen Krieg gegen Italien ausgesprochen habe.

### Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

#### Ein Ersuchen an die Strafenbahnbehörde.

Bei der Endstation in der Roedstraße hat sich in der letzten Zeit ein Unbehagen herausgebildet, der hauptsächlich von den Radlern unangenehm empfunden wird. Die Anhängewagen stehen dort am Gleisende und sperren so den Übergang der Radfahrer zur Annim- und Marktstraße. Um die Mittagszeit bilden die leertehenden Wagen an jener Stelle ein besonderes Hindernis, weil dann sehr viele Arbeiter aus der Stadt und von der Werft diese Richtung befahren. Man ist sogar gezwungen, das Rad über die Bordsteine zu heben und kann zudem nicht einmal entgegengekehrt fahrende Radler sehen. Für die aus der Schule kommenden Kinder ist jener Übergang nicht minder gefährlich. Um Unglücksfälle zu vermeiden, wäre es angebracht, die Anhängewagen etwas näher an die Weiche zu stellen. Ich zweifle nicht, daß diese Anrege genügt, um Abhilfe zu schaffen. W. B.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: E. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Hierzu 1 Beilage und „Die Neue Welt“



# Bekanntmachung

Über die Ablieferung von Gegenständen aus Kupfer, Messing und Reinnickel.

Nachtrag zu der Bekanntmachung vom 18. August 1915.

Zu den Übernahmezeiten, die für die seit dem 31. Juli beschlagnahmten Gegenstände aus Kupfer, Messing und Reinnickel zu zahlen sind, werden bei der Ablieferungsstelle (Firma H. Meyer & Co., Werftstraße Nr. 2, Fernsprecher 551) auch folgende Gegenstände angenommen:

Leefannen, Kaffeefannen, Milchfannen, Kaffeemaschinen, Teemaschinen, Samoware, Zuckerböden, Teeglashalter, Messagen, Messerbänke, Zahnstochergestelle, Tafelaufsätze aller Art, Tafelgeschirre, Rauchservice, Lampen, Leuchter, Kronen, Blättern, Nippfächer, Thermometer, Schreibschmuck, Bettwärmer.

Außer diesen und den seit dem 31. Juli beschlagnahmten Gegenständen werden zurzeit keine Gegenstände angenommen. Lübeck, den 26. August 1915. (3486)

Das Polizeiamt.

Komitee- und Kommissionsitzungen

**Jugendausschub.**  
Sonntagabend abends 8 1/2 Uhr  
Sitzung im Jugendheim.

**Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter.**  
Zahlstelle Lübeck.  
Auf dem östlichen Kriegsschauplatz fiel unser Mitglied, der Mühlenarbeiter **Heinr. Wiese.**  
Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.  
3493) Der Vorstand.

**Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands**  
Zahlstelle Lübeck.  
Distrikt Stöckelsdorf.  
**Nachruf!**  
Auf dem östlichen Kriegsschauplatz fiel unser Mitglied, der Kollege **August Gudloff.**  
Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.  
3496) Die Distriktsleitung.



**Nachruf!**  
Als Opfer des Weltkrieges fiel auf dem westlichen Kriegsschauplatz unser Mitarbeiter, der Bohrer **Willy Dürkop.**  
Wir werden unsern tiefen und herzlichen Anteil an dem Verluste dieses Mannes bewahren. (3503)

**Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Norddeutschen Bürstenfabrik.**

**Allgemeine Ortskrankenkasse für das Fürstentum Lübeck.**

Es wird hierdurch bekannt gemacht, daß der Arzt Herr Dr. med. Lomer in Bad Schwartau zur Ausübung der Kasienpraxis bereit ist. Die Mitglieder der Ortskrankenkasse können demnach seine Hilfe in Anspruch nehmen. Am Montag und Donnerstag einer jeden Woche, nachmittags nach 3 Uhr wird derselbe in Niendorf in Paulsens Kurhaus und außerdem am Dienstag u. Freitag einer jeden Woche, nachmittags nach 2 Uhr in Niendorf im Bahnhofshotel ärztliche Sprechstunden abhalten. Den Kasienmitgliedern wird anheim gegeben, in Krankheitsfällen den Arzt in diesen Sprechstunden aufzusuchen. (3494)  
Eutin, 25. August 1915.  
Der Vorstand.  
H. Steenbock, Vorsitzender.

Gel. z. l. Okt. e. 2-Zimmer-Wohnung mit Gas im Preise v. 180-220 Mk. Ang. u. H L 7 an die Exp. d. Bl. (3502)  
Gesucht 2- od. 3-Zimm.-Wohn. eine Ang. m. Preis u. J S 29 an die Exped. d. Bl. (3489)

Die unterzeichnete Kasse sucht zum 1. Oktober d. J. in **Schwartau ein geeignetes Lokal** zum Abhalten von 9-10 Sitzungen im Monat. In den übrigen Tagen könnte das Lokal zur Verfügung des Eigentümers bleiben. Angebote mit Preisangabe sind zu richten an **Den Vorstand** 3495 **der Allgem. Ortskrankenkasse für das Fürstentum Lübeck.** geg. H. Steenbock, Vorsitzender. Eutin, 25. August 1915.

**Jünger Arbeitsburche gesucht.**  
Luplow, Weiz Lannenhof 1.  
Gut erhält. Damenrad mit Freil. zu kauf. ges. Ang. unter R H 16 a. d. Exp. d. Bl. (3490)

Pr. ig. Rindfleisch 1 Mu. 90 A  
Bratenstücke 110 A  
Rohfleisch m. Filet 120 A  
Rohfleisch . . . 130 A  
Scheiben-Beefsteak 150 A  
Schweinefleisch 125 A  
Bratenstücke . . . 140 A  
Karbonade . . . 150 A  
Schinken u. Schulterspeck mager 200 A, fetter 220 A  
Prima Rubeater Pfund 110 A  
**Karl Lahrz,** Büttcherstr. 14-16  
vorm. A. Lahrz. (3500)

**Extra-Angebot in Wollwaren.**  
Sie kaufen zu außerordentl. billigen Preisen  
Normal-Hemden  
Normal-Hosen  
dicke Futterhosen  
blauen krumpfrei-flanell  
Herren-Socken  
Herren-Westen  
Damen-Westen  
Kinderstrümpfe  
Meine jetzigen Preise stehen in keinem Verhältnis zum heutigen Selbstkostenpreis.  
**Johann Dittmer.**  
Ecke Drögestrasse und 3497 Warendorpsstrasse.

**Taschenuhren Weckuhren Wanduhren Goldwaren Silberwaren** empfiehlt billigst  
32) **Willi Westfahl,** Holstenstraße. 32)

**Wirklich billig wegen grösseren Einkaufs.**  
Sonabend morgen und abend in der Markthalle, Stand 13-14-15:  
Ochsenfleisch . . . % nur 80 A  
Schönes Quasfleisch % nur 80 A  
Schönes Kalbfleisch % nur 80 A  
Gulasch, geschnitten.  
Schweinefleisch.  
Alles hiesige Ware.  
3490) **W. Strohfeldt.**

**Die Arbeitsgarderoben von Bahr & Umlandt**  
- Breite Straße 31 -  
sind anerkannt preisw. u. haltbar.  
Zwillinghosen . . . 1.40b.3.50  
Wollhosen . . . 2.50b.5.50  
Maurerhosen . . . 2.90b.7.50  
Gen. Cordhosen 4.00b.9.50  
Schlosseranzüge 2.80b.5.00  
Klapp- und Bauchhosen in allen Qualitäten.  
Trotz der billigen Preise 1) rote Unbecamarken.

**Kopffleisch (3488) Leberwurst Knackwurst**  
**Heinr. Viereck,** Glitzstr. 96.

**Heines Werke**  
3 Bände 4 Mk.  
Buchhdl. **Friedr. Meyer & Co.,** Johannisstraße 46.

**Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel**  
kaufen Sie billig und zeichn bei **Markl Otto Albers,** Kohlmarkt 4. **10.**  
1) 3 kompl. Betten o. 12.50 Mark  
Bettfedern per Pfd. n. 45 A b. 4 Mk.  
2) Rote Lubeca-Marken.

**Volksküche.** 3485  
Sonabend, 28. Aug.: Graupensuppe, Gulasch und Kartoffeln.  
Sonntag, 29. Aug.: Fleischsuppe mit Nudeln, warmes Ochsenfleisch, Kompott u. Kartoffeln.  
Montag, 30. Aug.: Maisgrüsuppe, warme Würste, Sauerkohl und Kartoffeln.  
Dienstag, 31. August.: Specksuppe mit Nüssen u. Backobst, Schweinefleisch u. Kartoffeln.

**Schützengraben Wesloe.**  
Freitag u. Sonnabend 3-7 Uhr. Eintritt 20 Pfg. (3327)  
Sonntag 11-1 Uhr: Eintritt 1.- Mk.  
Sonntag 3-7 Uhr: Eintritt 20 A

**Unsere billigen Preise für Baumwolle**

Hemdentuche	mittelfädig	52	38
Hemdentuche	beste Els. Ware	68	58
Renforcés	leichte eleg. Qual.	72	55
Körperbarchent	wB. Els. Ware	75	58
Piquebarchent	gemustert	85	65
Baumw. Flanelle	gebleicht	75	68
Norm.-Flanelle	grau u. mode f. Unterwäsch.	88	78
Hemd.-Flanelle	blau-wB. gestr. extra schwer	75	62
Unterrock-Flanelle	solide Streif.	95	88
Bettzücken	# für Bezüge, volle Breite	1.10	98
Bettkattun	gebümt	95	48
Bettinlett	rot, für Oberbetten 140 cm breit	2.40	1.60
Bettinlett	gestr., f. Unterbetten	1.70	1.30
Bettsatins	weiß gestreift, 85 u. 140 cm breit	1.25	85
Bettdamast	hübsche Muster, volle Breite	1.65	1.28
Schürzenstoffe	waschecht 120 cm breit	1.10	88
Hauskleiderstoffe	neue Muster	1.10	85
Kinderschotten	waschecht, neue Farb.	1.20	95
Kleiderbarchente	n. Trauermuster	88	65
Blau Köper	gerauht, für Turnhosen	1.30	98

Bei Abnahme von mehr als 10 Mtr. Extra-Preise.

**Markmann & Meyer**  
Breite Straße 44. 3492

**Zigarren! In größter Auswahl! Zigaretten!**  
Fast alle erstkl. Marken 20-25 % unter bekannten Ladenpreisen.  
**Grundmann,** Schüsselboden 18, I. Mühlentw. 11. Tel. 418.  
Billigste Bezugsquelle für Private und Wiederverkäufer. (3328)

# Holstenhaus! Große Ladungen Lebensmittel zu billigsten Preisen:

G. m. b. H.

LÜBECK

Eine Ladung **Lauenburger Eierkartoffeln** 65  
100 Pfd. 6.00 10 Pfd.

**Sellerie** große Salatzkollen . . 6 A  
**Junge Wurzeln** 3 Bund 10 A  
**Rhabarber** . . . . . Bund 5 A  
**Brechbohnen** . . . . . Pfund 10 A  
**Stangen-Schnittbohnen** Pfund 15 A  
**Stangen-Butterbohnen** . Pfund 15 A  
**Junger Kohlrabi** Bund 10 A  
**Salat-Gurken** . Stück 15 A 12 A  
**Einmach-Gurken** Pfund 16 A  
**Gurken-Kürbisse** Pfund 8 A  
**Wirsingkohl** . . . . . Kopf 7 A  
**Spitzkohl** . . . . . Kopf 8 A  
**Weiß- u. Rotkohl** Kopf 25 20 A

**Kochbirnen** . . . . . Pfund 9 A  
**EBbirnen** . . . . . Pfund 12 A  
**Tafelbirnen** . . . . . Pfund 24 A  
**Kochäpfel** . . . . . Pfund 18 A

Eine Ladung **Vierländer Tomaten** 36  
feste Früchte z. Rohessen . . . . . Pfund

**Tafelreis** . . . . . Pfund 65 A  
**Reismehl** . . . . . Pfund 65 A  
**Kartoffelmehl** . . . Pfund 35 A  
**Maismehl** 45 A **Sago** 65 A  
**Figuren- u. Band-Nudeln** Pfund 58 A  
**Mischkaffee** . . . . . Pfund 98 A  
**Frischobst-Marmelade** 5-Pfund-Eimer 2 50  
**Manioka-Backmehl** (ohne Brotmarken) . . . . . Pfund 48 A

**Tilsiter Käse** pikant, Pfund 75 A  
**Dän. Weidekäse** Pfund 90 A  
**Holländer Käse** . Pfund 1 00  
**Edamer Käse** . . . . . Pfund 1 30  
**Ia. alter Holländer** Pfd. 1 40  
**Limburger Käse** Pfund 1 00  
**Harzer Käse** . . . 4 Stück 15 A  
**Kräuter-Käse** . . . . . Stück 13 A  
**Deutsch. Camembert** 33 A

Eine Ladung **Messina-Zitronen** 64  
Große feinschalige Früchte . . . 10 Stück

**Kokosbutter** . . . . . Pfund 1 40  
**Kunst-Speisefett** . Pfund 1 40  
**Schmalzfett** . . . . . Pfund 1 50  
**Tafel-Margarine** . Pfund 1 30

**Nord. Anchovis** . . Glas 40 A  
**Gabelbissen** . . . . . Dose 55 A  
**Appetitsild** . . . . . Dose 48 A  
**Sprotten** in Olivenöl . . Dose 33 A  
**Sardinen** in Tomaten Dose 42 A 33 A  
**Sardinen** in Olivenöl . . Dose 38 A  
**Heringe** in Tomaten . . Dose 55 A

**Feinst. Olivenöl** 1/4 Pfund 40 A  
**Fleischbrühwürfel** 10 St. 25 A  
**Florians Puddingpulver** Zitrone, Mandel, Himbeer etc. 2 Pak. 25 A  
**Eipulver Lacto** . . . . . Paket 15 A

Eine Ladung **Altenländer Pflaumen** 18  
zum Einkochen für Marmelade . . . Pfund



## Kriegsfürsorge.

Am Donnerstag hatte das Reichsparlament wiederum eine außergewöhnlich lange Sitzung mit einem außergewöhnlich umfangreichen Inhalt. Es handelte sich um alle Einzelheiten der militärischen und zivilen Kriegsfürsorge. Der Genosse Stücklen führte für die mehr militärischen Fragen und der Genosse Bauer für die inneren zivilen Verhältnisse eine Fülle von Beispielen vor, um durch die öffentliche Kritik eine durchgreifende Besserung zu erzielen. Alle Beispiele zeigten eine Willkür, die nur zum Teil durch die Mängel der Gesetze gedeckt erscheint. Es bleibt nach dieser Fülle von Tatsachen kein Zweifel, daß die zivile Verwaltung im besonderen vielfältig versagt und den großen Aufgaben der Zeit nicht gewachsen ist. Die Sozialdemokratie hat von Anfang an eine gründliche Verbesserung auf allen Gebieten der Kriegsfürsorge verlangt, weil sie in einer solchen umfassenden und möglichst vollkommenen Kriegsfürsorge eine gewaltige Sicherung im Innern und eine starke Unterstützung im Kampfe unserer Heere sieht. Unsere Redner haben durchaus nicht im allgemeinen den guten Willen der Militärverwaltung und auch großer Teile der Zivilverwaltung bezweifelt, nach Möglichkeit zu bessern und zu helfen. Aber sie haben mit Recht auf die großen Gefahren hingewiesen und auf die dauernden Uebelstände, die daraus entstanden sind, daß die unteren Verwaltungshörden den Geist der Zeit nicht begreifen und noch nach den alten Methoden weiter arbeiten. Was wir an einzelnen Beispielen vorgeführt, bekamen, erinnerte in nichts daran, daß es keine Parteien mehr gäbe, sondern nur Deutsche, und daß die Gleichheit in der Verwaltung eine Selbstverständlichkeit sei. Unsere Redner zeigten die Hoffnung, daß gerade durch die öffentliche Kritik eine baldige und gründliche Veränderung erzielt werden würde. Wenn die bürgerlichen Parteien und auch die Regierungsstellen ihrerseits betonten, daß es sich in den Reden unserer Parteigenossen nur immer um einzelne Beispiele handle, die ein vollkommen verzerrtes Bild gäben, so war das von ihrem Standpunkte aus gewiß zu verstehen, wie es auch unseren Rednern nicht eingefallen war, die Beispiele zu verallgemeinern. Aber es genügt für die öffentliche Kritik vollkommen, daß solche Beispiele überhaupt noch möglich sind und daß man sie nicht abändern kann, ohne an die Deffektivität zu appellieren. Freilich gaben auch unsere Redner zu, daß im besonderen das Kriegsministerium einzelne Fälle zu verbessern sich dauernd bemüht habe. Man kann nur hoffen und wünschen, daß auf diese Art auch alle übrigen Ressorts handeln und daß damit immer mehr und mehr die Ursachen verschwinden, die solche Wirkungen, wie die gestrige Sitzung auslösen müssen. Die Regierung und ihre Verwaltung hat dadurch das beste Mittel, jede unliebsame Kritik auch in diesen Zeiten zu verhindern, daß sie Gesetz und Verwaltung so einrichtet, daß die öffentliche Kritik nur loben, aber nicht mehr tadeln kann. Dann werden auch die Wünsche der sozialdemokratischen Partei in bezug auf die Kriegsfürsorge erfüllt sein.

Heeres und der Marine für die Kriegsdauer allgemein auf 1,20 Mark pro Tag festzusetzen. Weitere Resolutionen betreffend die Gleichstellung der jüdischen Feldprediger mit den nichtangehörigen christlichen Feldpredigern und eine Regelung der Verhältnisse für die im Heeresdienst vertragsmäßig angestellten Ärzte.

Abg. Stücklen (Soz.): Im Gegensatz zu den Parlamenten der mit uns im Kriege stehenden Staaten Frankreich, England und Rußland haben wir bisher im Deutschen Reichstag militärische Fragen seit Ausbruch des Krieges wenig erörtert. Wenn in jenen Ländern mehr oder minder heftige Angriffe gegen die Führung der Armee gerichtet wurden, so liegt im Deutschen Reichstag erfreulicherweise kein Anlaß zu einer solchen Kritik vor. Das deutsche Volk erkennt ohne weiteres die hervorragende Strategie der deutschen Heerführer an, denen es gelungen ist unterstützt durch das hingebende Verhalten ihrer Truppen Deutschland vor einer feindlichen Invasion zu bewahren. Wenn wir in den durch die Verhältnisse gebotenen Grenzen an einzelnen Dingen Kritik üben, so liegt dazu eine unabweisbare Notwendigkeit vor und daran kann uns auch nicht die Befürchtung hindern, daß diese Kritik möglicherweise im Ausland verzerrt und entstellt wiedergegeben wird. Wir sind unseren Truppen und ihren Führern die größte Dankbarkeit schuldig (Beifall), was beispielsweise die Truppen der Armee Linzlingen im Winterfeldzug in den Karpathen geleistet haben, dürfte unerrätlich dastehen in der Kriegsgeschichte aller Zeiten. (Lebh. Zustimmung.) Bei der Unterbrechung der zum Heeresdienst eingezogenen Leute muß mit größter Sorgfalt vorgegangen werden, damit nicht Leute eingestuft werden, die nach kurzer Zeit schon wieder entlassen werden müssen. Wir haben in Deutschland in der Tat keinen Mangel an wehrfähigen Leuten und es muß darauf hingewirkt werden, daß ältere Jahrgänge nach Möglichkeit geschont und die in so großer Zahl noch vorhandenen jüngeren Leute herangezogen werden. Wir verkennen nicht, daß das Ausbildungspersonal jetzt vor große Aufgaben gestellt wird. Aber es darf nie vergessen werden, daß es jetzt Leute unter sich hat, die eine Familie zurücklassen und deren Freude an Dienst einen hohen moralischen Wert darstellt, der nicht verkümmert werden darf. Wenn gegen solche Leute der Zoologie entnommene Ausbrüche angewendet werden oder Verletzungen vorkommen, die als unangemessene Behandlung bezeichnet werden, so muß man solchen Erscheinungen mit aller Schärfe entgegenzutreten. (Sehr richtig.) Der Mann, der zur Verteidigung seines Vaterlandes berufen ist, muß das mit Lust und Liebe tun und nicht mit Verbitterung. Es soll nicht bestritten werden, daß das Kriegsministerium mit Energie den hier angeordneten Missetänden entgegengetreten hat. Wenn der Erfolg kein vollständiger war, so soll auf dem beschrittenen Wege weitergegangen werden. Es wäre vielleicht sehr gut, wenn derartige Erlasse nicht nur den Vorgesetzten, sondern auch den Mannschaften bekannt gegeben werden. Auch der Behandlung der mit der Bewachung von Gefangenen betrauten Landsturmluten sollte ein besonderes Augenmerk gewidmet werden. Seit der Verkündung des Burgfriedens ist, auch im Heeresdienst, manches anders geworden; in der bayerischen Armee existiert aber immer noch ein Unterrichtsbuch, in dem es heißt, die Soldaten sollten Wirtschaftshäuser meiden, in denen Staats- oder militärfeindliche Parteien ihre Zusammenkünfte abhalten oder Zeitungen, Bücher und Zeitchriften dieser Parteien ausliefern. So etwas sollte man doch jetzt nicht mehr alten Landsturmluten bieten, die außerhalb der Armee vielleicht organisiert Sozialdemokraten waren. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Bei der Gelegenheit will ich auch auf die Frage der Gefangenenbehandlung kommen. In der ausländischen Presse wird behauptet, die Gefangenen werden bei uns mit besonderer Grausamkeit behandelt. Ich habe mich selbst überzeugt, daß alles geschieht, was irgend möglich ist, um ihnen ihr Los erträglich zu machen. Klagen werden natürlich immer vorkommen, dazu ist ja das Menschenmaterial zu verschiedenartig und vielseitig. Etwas anders verhält es sich mit den internierten Ausländern, unter denen Leute sich befinden, die in Deutschland erzogen sind, die nur die deutsche Sprache sprechen, die eine Deutsche für Frau haben und die nur die rechtzeitige Naturalisation verweigert haben. Solche Leute aus den Internierungslagern zu entlassen, würde für das Deutsche Reich sicherlich keine Gefahr bedeuten. — Die Klagen aus den Lagern betreffen häufig die Verpflegung, und zweifellos sind im Anfang Fehler gemacht worden, namentlich der, daß man die Verpflegung an Unternehmer gegeben hat. Wenn der Unternehmer bei 60 Pfg. pro Kopf verdienen will, so kann die Verpflegung nicht auf sein. Ganz besonders ist es zu verurteilen, daß die Stadt Gardelegen, die die Verpflegung der Gefangenen übernommen hat, die Steuern mit der Begründung herabsetzte, sie habe an dieser Verpflegung der Gefangenen entsprechend viel verdient. (Hört, hört! links.) Im ganzen aber muß man sagen, die Heeresverwaltung sollte das Protokoll über die Zustände in den Gefangenenlagern

herausgeben, sie würde dabei nicht schlecht abschneiden. Ich unterschreibe völlig, was einer der Verpflegungsbeamten in dem Protokoll gesagt hat: Hinaus mit den profitgierigsten Privatunternehmern! — Auch aus dem Felde kommen Klagen, und zwar vor allem aus den im Monate langem Stellungskriege festgehaltenen Soldaten. Es muß den Offizieren draußen dringend empfohlen werden, keine Anforderungen zu stellen, denen die Leute nicht gewachsen sind. Vor allem muß auf häufige Ablösung aus den Schützengräben geachtet werden, die sich sicherlich leicht durchführen ließe. Dringend haben die verschiedenen Parteien eine gründliche Reformierung während des Besonderen verlangt. Ich halte eine gründliche Reformierung während des Krieges sehr wohl für möglich, aber wenn man diesen Standpunkt nicht teilt, so müßte es doch auf dem Verordnungswege von den Angelegenheiten werden, mit denen es umgeben ist. Im Ausland hat man den deutschen Soldaten vielfach den Vorwurf der Barbarei gemacht, was mein Kollege Scheidemann bereits am 18. März zurückgewiesen hat. Aber vorgekommen ist sicherlich manches, was besser nicht passiert wäre, denn besser macht der Krieg die Menschen nicht; zur Sonnenhöhe der Kultur führt er auf keinen Fall. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ostpreußen ist jedenfalls ein flammendes Wahrzeichen der überaus barbarischen Kriegsführung. Die Aufrechterhaltung der Disziplin ist notwendig, umso mehr muß man darauf achten, daß man sich nicht in den Mitteln vergräbt; die beste Disziplin ist die auf freiwilliger Unterordnung begründete. Schwere Fälle von Insubordination sollte man in der Heimat aburteilen lassen, wo man ruhiger und sorgfältiger urteilen kann als im Felde, und man sollte dabei immer einen Psychiater zuziehen. Dem Beschluß des Reichstages vom 29. Mai, den Truppen bei Urlaubsverteilung freie Fahrt zu gewähren, ist der Reichsfinanzsekretär nicht sehr schnell beigetreten. Wir wissen seine Sparsamkeit zu schätzen, aber wir wünschen sie nicht auf Kosten der Soldaten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich habe ihm ja gestern gezeigt, wie durch eine Arbeit von wenigen Stunden an der Kriegsbesoldungsordnung viele Millionen erspart werden können. (Sehr richtig! bei den Soz.) Erst nach Wochen hat das Reichsfinanzamt dem Beschluß des Reichstages zugestimmt und jetzt hören wir, daß mit der Urlaubsverteilung sparsamer vorgegangen wird. Das ist dem Reichstag nicht gewissen. (Zustimmung.) Ausdrücklich feststellen will ich ferner, daß jedem Soldaten beim Urlaub die freie Fahrt zusteht, gleichgültig, ob er im Inlande oder im Auslande steht, es geht nicht an, einem Soldaten aus Vachau, der in Ostrowa steht, die Freifahrt zu verweigern, weil er ja in der Heimat sei, wie es leider vorgekommen ist. Wie man übrigens den mit der Landwirtschaft in Verbindung stehenden Soldaten Urlaub gewährt hat, so müßte es auch bei jedem anderen möglich sein. Ferner haben wir beantragt, allen Soldaten, die in Feindesland stehen, die Kriegslöhnung zu gewähren. Jetzt bekommen nur die mobilen Truppen 33 Pfg., die Immobilen 33, und das führt zu sonderbaren Ergebnissen, z. B. sind bei einem militärischen Institut die im Gebäude befindlichen Soldaten mobil, die draußen zur Bewachung des Gebäudes befindlichen immobil. Man ist doch bei den oberen Stellen nicht so knauserig, man sollte es also auch hier nicht sein. (Zustimmung bei den Soz.) Mit Freuden begrüßen wir, daß endlich unserer Anregung Rechnung getragen ist, wonach die verwundeten Soldaten nicht mehr 10 Pfg., sondern die Löhnung der Immobilen von 33 Pfg. erhalten. Doch soll man auch dafür sorgen, daß das allen Verwaltungsstellen bekannt wird. In manchen Kurorten hat man den verwundeten Soldaten befohlen, gewisse Orte zu meiden. Hier sollte die Militärverwaltung sofort eingreifen. Wenn das zahlungsfähige Publikum dort seiner Gesundheit leben kann, so verdanken wir es den verwundeten Soldaten. (Lebh. Sehr richtig!) Auch in den Lazaretten soll man nicht so ängstlich sein; in einem Lazarett soll ein besonderer Raum für die Verwundeten abgefordert sein, weil ihr Anblick dem Publikum peinlich wäre. Etwas Derartiges wäre ganz entschieden zu verurteilen. (Zustimmung.) Unbillig ist ferner, daß die Mitglieder der freiwilligen Krankenpflege in Preußen nur 23 Mk. monatlich erhalten, in Süddeutschland dagegen 32 Mk. Einen fernerer Antrag unterstützen wir lebhaft, den verwundeten Soldaten Beihilfen zum Besuche zum Urlaub in die Heimat zu geben. — Bekannt ist, daß die Gratulation der Soldaten nicht ausreicht. Als Entschädigung haben sie Verpflegungsgeld bekommen, das aber bei den teuren Preisen keineswegs genügt. Wir haben jetzt sozial Getreide, daß man ihnen statt dessen wieder die früheren ausreichenden Gratulationen geben kann. — Die mobilen Truppen bekommen einen Verpflegungssatz von 1,20 Mark, die immobilen nur einen von 60 Pfg. Das führt zu großen Härten, da eine Truppe bald mobil, bald immobil ist. Die Budgetkommission hat dem Antrag zugestimmt, ganz allgemein 1,20 Mark zu zahlen. Man sagt, das Kriegsministerium zahlt viele

## Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht des „Lübecker Volksboten“.)

Berlin, 26. August.  
19. Sitzung. Nachmittags 3 Uhr.  
Am Bundesratssitzung: Dr. Desbrück, v. Wandel, Helfferich.  
Präsident Dr. Kaempf teilt mit, daß die Festung Breslau Vitous gefallen ist. (Bravo!) Wir begrüßen die tapferen Soldaten, Offiziere und Heerführer unserer Armee und der unserer Verbündeten (Bravo!), die in den letzten Wochen und Monaten so Unglaubliches geleistet und diese Leistungen jetzt gekrönt haben. (Stimm. Beifall.)  
Die Genehmigung zur Einleitung einer Widerklage des Generallandwirtschaftsrichters v. Trapp gegen den Abg. Böhrens (M. Vgg.) wird auf Antrag des Kommissionsberichterstatters Abg. Haake (Soz.) ver sagt.  
Es folgt eine Resolution der Budgetkommission, die den Reichsanwalt ersucht, den Verpflegungssatz für Mannschaften des

## Friedemann Bach.

Roman von A. E. Brachvogel.

44. Fortsetzung.  
„Ulrike, ich habe mir's überlegt, ob es wohl recht ist, daß ich bisher gegen Sie schwieg. — Ach, wenn ich,“ und er sahte an seinen Kopf, „hier nur ist klar würde!“  
„D, das sollen Sie werden, Friedemann! Wir pflegen Sie so lange, bis Sie ganz wohl sind. Und welche Freude für Ihren Vater, wenn Sie wieder musizieren werden. Gewiß, Sie erreichen in einem Vierteljahr, was Sie veräumt haben.“  
„Wie, Ulrike, das erreiche ich nie wieder!“  
„Nicht doch! Wie kann ein Künstler, wie Sie, so sprechen? Was Sie sind und leisten, kann Ihnen doch niemand nehmen?“  
„Aber die Ehre, den Jugendmut. — Ulrike, Sie vor allen anderen sind's, die meiner Bewunderung wert ist. Kommen Sie, hören Sie mich an. — Ich will ganz ruhig sein und mich nicht erregen, aber ich muß endlich einmal mit Ihnen sprechen, damit Sie sehen, daß der arme Friedemann nicht undantbar ist.“  
„Aber Friedemann!“  
„D bitte, lassen Sie mich!“ Und er zog die Widertreibende zu sich aufs Kanapee. „Ulrike, ich bereue mein ganzes Leben. Es nagt an mir, daß ich so leichtsinnig gewesen bin und mich in die große Welt gestürzt habe. Der Künstler, wenn er noch so bedeutend ist, muß für seine Kunst und den engen Kreis seiner Freunde leben. Ich hätte mit mir mehr haushalten sollen. — Wäre ich nicht so wie ein Trübsal umhergeflattert, hätte ich weniger Eitelkeit gehabt und Sinn fürs Schlichte, ich hätte Sie lieben müssen. Ulrike! So engelgut, so schön im Erbarmen und Entzagen habe ich noch kein Weib gesehen. Aber ich veräumte meine gesegnete Stunde, kostete von dem verbotenen Trank der Eitelkeit und des Schimmers, ich sah Antonien, wir liebten uns und — es ist entsetzlich, ich kann von dieser Liebe nicht lassen, so sehr ich sie bereue! Ich kann nicht aufhören, mich nach diesem Mädchen zu sehnen und zu ringen und weiß doch, daß ich sie nie besitzen kann. — Ulrike, können Sie mir verzeihen, so von Herzen verzeihen? — Ach, wenn ich Ihr Bruder wäre, wie wollte ich Sie herzen und anbeten! — Glauben Sie mir, der Tag, wo ich wüßte, daß Sie einen Besseren als mich so recht von Herzen lieben könnten, und von ihm wieder geliebt würden, wäre der glücklichste meines Lebens!“  
Er umarmte das in Tränen zerfließende Mädchen, preßte sein Gesicht an ihre Schultern und schien seinen Schmerzen erliegen zu wollen.  
„Lieber Friedemann,“ und mit aller Energie der Seele bewang sie sich, erhob das Haupt und sah ihn an. „Lieber Friedemann, das glaube ich Ihnen. Sie sind edel und gut! — Sie müssen

Antonien ungeschwächt lieben, ich weiß es, aber Friedemann, wo Sie langsam genesen, müssen Sie auch von dem ewigen Nachhängen Ihres Fühlens, Träumens und Sehners freizwerden suchen und männlich handeln! Gebrochene Liebe ist ein großes Unglück im Leben, aber Sie, der Mann, sind nicht allein zur Liebe gemacht. Die Menschheit, Gott und Welt sind die größeren, noch edleren und schöneren Ziele, die Sie zum Dienst aufrufen. Vielleicht hat es der liebe Gott gerade haben wollen, daß Sie erst recht groß und schön sein sollen in Ihrer Kunst, wenn Sie die Trümmer Ihres Herzens zum Sockel Ihrer Taten nehmen. Glauben Sie mir,“ und das Mädchen stand gleich einer Seherin vor ihm, „mit Freuden will ich mein armes Herz drum geben, und Ulrike wie Antonie sind nichts mit ihrem Einschlummer, wenn Sie fähig werden, wie David zu sein ein Königsjünger für Gott und Menschheit!“  
„Ja, Ulrike, du einzige, erhabene Dulderin, an deiner Hand will ich's tun — von dir geleitet!“  
„Wollen Sie das, Friedemann?“  
„Ja, ja, ich will's! Sag mir wie ich's kann?“  
Da faltete, wie um Kraft und Segen bittend, Ulrike ihre zitternden Hände. „Gott, mein Vater, laß es geschehen!“ Sie führte Friedemann ans Klavier und hieß ihn sitzen.  
„Friedemann, ich unterwerfe Sie als Künstler, als Mann, als Gottes Diener, der schwersten Prüfung. Haben Sie einen starken Willen und kaltes Blut?“  
Friedemann sah sie an.  
„Ja, nun hab' ich's, Ulrike!“  
„So spielen Sie mir das arme, trübe Lied: Willst du dein Herz mir schenken, und fugieren Sie es!“  
Friedemann war starr und bleich. Der freie, stolze Wille und sein ätzendes Herz kämpften mit dem Paroxysmus.  
Die Tür öffnete sich leise. Durch den schmalen Spalt zeigten sich die bleichen Gesichter des Predigers und Doles.  
Friedemanns befestigter Wille siegte.  
Er begann das Thema leise und ernst, modulirte es in Moll, aus dem Distant in den Bag, durch alle Umkehrungen und Verzerrungen.  
Es war, als wenn die Liebesklage kämpfte mit der freien Kraft des Mannesstolzes, und aus Liebeslust und Liebesleid ward ein Choral, ein hohes, freies Lied, ein Dankopfer der Selbstbefreiung!  
Friedemann stand auf.  
„Ulrike, das ist die Krone Ihrer Ehelust!“  
„Er weinte Dankstränen.“  
„Er ist genesen!“ hauchte das bleiche Mädchen und sank, übermüdet von ihren Qualen, an des herzuwehenden Vaters Brust, doch aber schloß den Freund jubelnd in seine Arme. —

Das große Werk der Aufzopferung und Liebe war vollendet. Ulrike hatte mit Selbstverleugnung und Heldenmut, mit kaltblütiger Besonnenheit, die nur die Liebe ohne Selbstsucht geben kann, den wirren Geist Friedemanns geügelt und ihn mit Sanftmut und Energie durch unermüdetes Einwirken in das natürliche Bett geleitet, wo er, selbst in heftiger Springslut aufstehend, doch dahin glitt, ohne mehr über die Ufer zu treten und an sich selbst zu erschrecken.  
Friedemann hatte endlich Selbstvertrauen gefast und erkannt, daß das Nützlichste vor allem sei, sich die verlorene Stellung wiederzugewinnen, daß es töricht sei, vor seiner verlorenen Liebe hintreten zu wollen, ohne sich ihrer wert gezeigt zu haben. Die Liebe ward ihm nun nun an ein jernes Jodl, die Kunst aber das, wodurch er sich ihrer würdig machen wollte.  
Er war aber eine so eigene, zum Unglück bestimmte Natur, daß er nie den einfachen Weg, der zum Glück führte, zu gehen verstand.  
Wie nahe hatte ihm nicht hier bei seiner Genesung die Siegespalme echter Liebe gestanden, wie müßte ihn nicht der Liebreiz Ulrikens, des rettenden Engels seines Daseins, entzücken und an das Herz führen, das ihm so nahe, so vernehmlich entgegen schlug. Er fühlte die Lust des Glückes nicht, das ihm mahnend gegenüberstand, fühlte es darum nicht, weil das Bild der schönen Bräut' zu lebhaft vor seiner Seele stand. Er mußte die Verlorene lieben, weil er wußte, sie liebe ihn wieder, wußte, daß sie leide. Ein Glück für ihn, daß seine allgewaltige Herrin, die Kunst, wieder ihre Rechte auf ihn geltend machte, daß sein Stolz, sein Ehrgeiz ihm vorstieß, sich erst vor sich selber und der Welt zu rehabilitieren.  
Der Arzt, sichtlich verwundert über den günstigen Erfolg der Krankheit, beobachtete ihn noch vier Wochen unausgesetzt und erklärte dann, daß er, obwohl Friedemann geheilt sei, einen Wiederanbruch des Wahnsinns für leicht möglich halte, sobald sein Gemüt einen neuen Stoß erleide; dann aber ließ kaum mehr zu helfen. — Das mußte man dem gütigen Gelehrten überlassen.  
Merperger setzte demnach den Vater vom Geschehenen in Kenntnis, Friedemann selbst schrieb an ihn, daß er sich stark genug fühle, wieder seinem Berufe zu dienen.  
Sebastian, hoch erfreut, von neuen Hoffnungen gehoben, aber nur seiner eigenen Einsicht trauend, beschloß, den Sohn bei sich in Leipzig zu beschäftigen und seinen ferneren Weg zu regeln, um alles, was Friedemann veräumt hatte, nach Kräften zu ergänzen und ihn auch für die Stürme des Lebens geschickter zu machen.  
Der alte Bach holte den Liebling von Dresden ab und Friedemann schied mit tiefer Bewegung des Dankes, des Mitleidens und der Freundschaftlichkeit von Ulrike. (Fortsetzung folgt.)



Zusagen, sodas nur sehr wenige nur noch den Verpflegungssatz von 60 Pfg. haben. Um so eher kann dann der Antrag durchgeführt werden, da er finanziell dann nicht so sehr ins Gewicht fällt. (Zustimmung.) Die Heeresleitung sollte es sich angelegen sein lassen, die Mannschaften und Offiziere vor der Ausbeutung durch patriotische Geschäftsleute und „Liebesgabenfabrikanten“ zu schützen. Gegen solche Projektionen wäre der sonst von uns bekämpfte Militärkonkurrenz durchaus gerechtfertigt und man könnte diese Leute in der Deffektivität an den Pranger stellen. (Sehr richtig!) Ein Mißstand besteht darin, daß die im Felde zu Unteroffizieren beförderten Mannschaften häufig die einfache Mannschafslöhning weiter erhalten, weil etatsmäßige Stellen nicht frei sind. Man sollte etatsmäßige Unteroffiziere nur dann an die Front schicken, wenn im Felde keine außeretatsmäßigen mehr vorhanden sind. Die enormen Kosten des Krieges zwingen uns zu der Mahnung an die Militärverwaltung, einerseits den Mannschaften das zu geben, was wir gefordert haben, andererseits aber auch bei den oberen Stellen nach Möglichkeit zu sparen. Vor allem sollen die Mannschaften so behandelt werden, wie sie es als Menschen verlangen können. Wir können ja leider jetzt nicht so frisch von der Leber wegreden wie sonst. (Abg. Kretsch [R.]: Es ist schon übergenug! — Heiterkeit.) Wir müssen aber den Männern im Waffentod im Felde und in der Heimat zeigen, daß ihre Interessen auch während des Krieges mit allem Nachdruck vertreten werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Mäße der Tag halb kommen, an dem der menschenmörderische Krieg sein Ende findet. Ein Jubel ohne Gleichen wird sich im Lande erheben, wenn er anbricht. (Beifall.) Millionen sind von dem Wunsche erfüllt, daß den Völkern bald ein Friede bescheert werde, der es ihnen erlaubt mit aller Kraft sich wieder den Werken der Kultur und der Menschheitsideale zu widmen. (Lebh. Beifall.)

Reichssekretär Dr. Helfferich: Der Vorredner hat gefagt, daß das Reichshausamt bei der Gewährung der Freifahrt für Urlauber Schwierigkeiten gemacht habe. Ich bin nicht in der Lage, über die Verhandlungen zwischen den einzelnen Ressorts Aufklärung zu geben, muß aber sagen, daß der Vorwurf des Abg. Stüdtgen gegen das Reichshausamt nicht auf Kenntnis der Tatsachen, sondern lediglich auf Vermutungen sich stützt. Ich muß es ferner zurückweisen, wenn Herr Stüdtgen die Bewilligung der Freifahrt auf Artikel in der Presse, das soll heißen: im „Vorwärts“, zurückführt. Der Vorwärtsartikel erschien ein oder zwei Tage vor der in Frage kommenden Veröffentlichung des Kriegsministeriums. Er hat sicherlich nicht dazu beigetragen und Abg. Stüdtgen überschätzt den Einfluß des „Vorwärts“ auf die Reichsleitung doch sehr erheblich. Im allgemeinen möchte ich sagen, ich habe als Staatssekretär des Reichshausamts für unsere Soldaten ein ebenso gutes Herz wie Herr Stüdtgen oder sonst jemand, aber leider habe ich neben meinem guten Herzen auch noch die Verantwortung für die Finanzen des Reiches. Diese Verantwortung hindert mich mitunter, von meinem guten Herzen denselben weiten Gebrauch zu machen wie jeder andere Staatsbürger. Fingerzeige, wie weitere Ersparnisse gemacht werden können, nehmen wir jederzeit dankbar an, aber wir haben auch ohne solche Fingerzeige nach Möglichkeit auf Ersparnisse hingewirkt. Sie werden bei den Verhandlungen in der Kommission nicht den Eindruck gewonnen haben, daß ich jede Mehrbelastung zugunsten unserer Soldaten ohne weiteres abweife.

Abg. Dr. Müller-Meinigen (Sp.): Der Vorredner ist in eine allgemeine Militärdiskussion eingetreten. Angesichts der gesamten Lage und angesichts des herrlichen Erfolges dieses Tages beschränkt sich die fortschrittliche Volkspartei auf folgende Erklärung: Wir stimmen allen Anträgen zu, die geeignet sind, die Verhältnisse der Kriegsteilnehmer und ihrer Angehörigen und Hinterbliebenen zu verbessern und zeitgemäße Reformen einzuführen. Wir haben auch unsererseits zahlreiche Wünsche und Beschwerden unserer Truppen in der Kommission vorgebracht und insbesondere verlangt, daß jeder Mann aus der Front die Möglichkeit bekommt, in einem Urlaub seine Angehörigen zu sehen. Wir sprechen die höchste Erwartung aus, daß unsere gerechten Forderungen alsbald erfüllt werden. Wir versprechen uns aber von einer Wiederholung der rein militärischen Kommissionsdebatten im Plenum keinen Nutzen. (Beifall bei der Volksp.) Dankbar und stolz auf unsere von der ganzen Welt bewunderte Armee, ihre Führung und ihre Manneszucht haben wir heute nur den einen Wunsch, daß es ihr gelingen möge, baldigst einen Frieden zu erringen, der unsere Kinder und Kindeskiner vor furchtbaren Blutopfern bewahrt und die fortschrittliche Kulturarbeit des deutschen Volkes sichert und stützt. Mit der Armee wird das deutsche Volk durchhalten bis zu einem glücklichen Ende. (Beifall.)

Abg. Bajer (M.): Angesichts der gründlichen Verhandlungen im Haushaltsausschuß verzichten wir auf eine weitere Diskussion im Plenum und werden den Beschlüssen der Kommission zustimmen. Vor den gewaltigen weltgeschichtlichen Erfolgen unserer Armee möge die Kritik heute schweigen. Dankbaren Herzens huldigen auch wir unseren tapferen Kriegern. (Beifall.)

Abg. Dr. Spahn (Z.) schließt sich diesen Erklärungen an, ebenso der Abg. Kretsch (R.).

Stellvertretender Kriegsminister v. Wandel: Nach den Erklärungen der bürgerlichen Parteien habe ich nicht mehr nötig, das, was ich in der Kommission ausgeführt habe, hier zu wiederholen. Ich werde mich bemühen, den vorgebrachten Beschwerden, Anregungen und Fragen nachzugehen, damit beim nächsten Zusammentritt des Reichstages die noch vorhandenen Mängel abgeholt sind. Wir wollen unter Heer nach wie vor schlagfertig erhalten und schlagfertig machen für seine großen Aufgaben durch eine sorgfältige Aushebung und verlässliche Ausbildung, die geeignet ist, den guten Geist in der Armee zu erhalten, der allein unterstützt von einer tüchtigen Ausbildung und Führung zum Siege führen kann. (Beifall.)

Damit schließt die Aussprache. Die Resolutionen werden einstimmig angenommen.

Es folgt die Behandlung einer Reihe weiterer Anträge der Kommission sozialpolitischer Natur.

Abg. Bauer (SD.): Der Krieg hat schreckliche Vermehrungen angebracht. Eine ungeheure Zahl der geduldeten und künftigen Männer ist ihm zum Opfer gefallen und Millionen sind in ihrer Gesundheit geschwächt. Eine kräftige und großzügige Sozialpolitik liegt darum nach dem Friedensschluß nicht nur im Interesse der Arbeiterschaft, sondern der gesamten Nation. Den besten Schutz bieten den Arbeitern die gewerkschaftlichen Organisationen. Sie ergeben die Arbeiter zum Gemeinsein, erringen ihnen eine bessere Lebenshaltung und schützen sie vor Verelendung. Die Verteilung des Wertes der Gewerkschaften ist ja während des Krieges eine veränderte geworden. Aus dem Regimentszuge ist der hohe Wert dieser Organisationen anerkannt worden. Leider gibt es aber im Lande noch immer höhere und niedere Bemerkungen, die ihre alte Politik der Abneigung gegen die Gewerkschaften fortsetzen. In Breslau hat man beispielsweise den Gewerkschaften verboten, neue Mitglieder zu werben. (Hört, hört! bei den Soz.) Schreien bis zur höchsten Regierungskammer haben bisher keinen Erfolg gehabt. Es zeigt sich, daß die kommandierenden Generale heute allmächtige Herren sind, die sich auch um Wünsche der Arbeiter Regierungskammer kümmern. (Hört, hört! bei den Soz.) In Breslau werden auch alle in mehreren Exemplaren ausgehenden Mitteilungen der Gewerkschaften unter Jenseit gesperrt, selbst solche von größtmöglicher Natur, wie die Anfrage nach der Adresse eines Liebesgabenempfängers. Gewerkschaftliche Versammlungen werden nach Möglichkeit verhindert und die Folge davon ist, daß mangels der Beratung durch die Gewerkschaften der Streiks ausbrechen, die verhindert werden können, wenn man den Mitgliedern die Möglichkeit für eine Selbstbestimmung gibt. Ganz eigenartig hat der Kommandierende General in Oppenheim sowie einige in Bayern die Freizügigkeit der Landarbeiter und der Dienstboten ausgeübt und sie dadurch geradezu der Willkür ihrer Arbeitgeber ausgeliefert. (Sehr wahr! bei den Soz.) Hoffentlich erlaubt die Regierung, daß die diese Beschränkungen nicht beseitigt. Auch die Behandlung der ausländischen Arbeiter ist vielfach eine empörende, die Sozialberatung der polen-



ischen Arbeiter in den Bergwerksbetrieben muß sie mit Haß gegen alles Deutsche erfüllen. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Der Heimarbeit werden durch den Krieg neue große Scharen zugeführt werden, um so notwendiger ist es, die Schutzbestimmungen des Heimarbeitergesetzes endlich in Kraft zu setzen. Das preussische Kriegsministerium hat bei den Verhandlungen mit den Arbeitern, die sich über rüstständige Unternehmer zu beklagen hatten, großes Verständnis gezeigt, die Zivildienste dagegen scheuen einen Konflikt mit den Unternehmern, und manche Verwaltungsbehörden stellen sich noch immer auf den Standpunkt, mit den Arbeitern nicht zu verkehren. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die durch den Krieg arbeitslos werdenden Terrilarbeiter, etwa eine halbe Million Frauen sind in dieser Industrie beschäftigt, dürfen nicht der Not überlassen bleiben. Ueberhaupt muß jetzt schon Vorsorge getroffen werden, um die bei Beendigung des Krieges in die Heimat zurückkehrenden Krieger, die sicherlich einige Zeit gebrauchen, bis sie ihre Verhältnisse geordnet und Arbeit gefunden haben, vor Not und Elend zu schützen. In den Fürsorgekommissionen, in den östlichen Teilen des Reiches, die an Rußland grenzen, herrschen vielfach noch russische Anschauungen und die Mitwirkung der Arbeiter ist dort in den Kommissionen ausgeschlossen. Die Gewerkschaften werden ermahnen müssen, ob sie in diesen Teilen des Reiches nicht eigene Fürsorgeeinrichtungen für ihre Mitglieder treffen. In unsozialem Geiste wird auch bei der Festsetzung der Renten für die Witwen und Waisen der gefallenen Krieger verfahren; die Kriegsernte, die ihnen zusteht, wird ihnen durch Auslegung des Gesetzes vorenthalten. Sie werden mit der niedrigeren Kriegsernte abgerechnet, auf die ihnen noch ein Teil der Unterhaltungen angerechnet wird. (Lebh. Hört, hört!) Einen Antrag Erzberger, den Abzug der Familienunterstützung zur Pflicht zu machen, bitte ich dringend abzulehnen. Dringend nötig ist eine Erhöhung der Familienunterstützung, zumal die Mehrheit der Gemeinden keine Zuschläge zu dieser Unterstützung gewährt. Zwei Frauen wurde eine Erhöhung der Unterstützung mit der Begründung verweigert, sie könnten von ihren 20 Mk. Unterstützung „sorglos“ leben. (Lebh. Hört, hört!) Man sollte den betreffenden Landrat einmal zwingen, einen Monat lang von 20 Mk. sorglos zu leben. (Sehr gut! bei den Soz.) Der Reichsverband der deutschen Städte erkennt in einer Eingabe an die Reichsregierung die Notlage der Kriegerfrauen selbst an. (Hört, hört! bei den Soz.) Aber eine Folge dieser Notlage ist Unterernährung der Frauen und Kinder; auch moralische und sittliche Notstände müssen schließlich daraus erwachsen. Mit den schönen Worten des Staatssekretärs ist den Kriegerfrauen nicht geholfen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich bitte die Regierung dringend, den Kriegerfamilien zum 1. Oktober eine einmalige außerordentliche Unterstützung zu gewähren und außerdem in eine allgemeine Erhöhung der Unterstützungsgelder zu willigen. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Ministerialdirektor Lewald: Rund 800 Millionen Mark sind für Unterhaltungen ausgegeben worden; da darf man doch nicht sagen, es würde für die Kriegerfamilien unzureichend gezahlt. Es ist natürlich leicht, Einzelfälle herauszufinden, in denen dieser Betrag ungenutzt bleibt, aber in Wirklichkeit sieht es im Lande doch nicht so aus, wie es der Abg. Bauer geschildert hat. (Sehr richtig! — Zustimmung bei den Soz.) Fragen Sie (zu den Soz.) doch mal Ihren Kollegen Jähres, der in Berlin diese Sachen kennen gelernt hat. Jeder, der die wirklichen Verhältnisse kennt, muß zugeben, daß in der eben gehaltenen Rede Ausnahmefälle in geschätzter Weise zusammengestellt worden sind, um ein Zerrbild zu liefern. (Sehr richtig! — Widerspruch bei den Soz.) Es ist natürlich zu erwägen, ob eine Erhöhung der Winterhilfe nicht angezeigt erscheint. Wir denken an eine Erhöhung der Winterhilfe um etwa 2 oder 3 Pfg. Jedenfalls wird alles getan, um die Familien unserer Krieger vor Not und Elend zu schützen. (Beifall.)

Generalmajor v. Langemann: Die Ausführungen des Abg. Bauer sind geeignet, die große Beunruhigung hervorzu- rufen. (Sehr richtig! — Zustimmung bei den Soz.) Ich (zu den Soz.) und im Auslande den Anschein zu erwecken, daß die Militärverwaltung für die Hinterbliebenen nicht genügend sorgt. Ein beratiger Kommandant, der speziell mich als den Leiter der Hinterbliebenen-

fürsorge trifft, ist mir während meiner 36jährigen Dienstzeit noch nicht gemacht worden, und ich muß ihn mit aller Schärfe zurückweisen. (Sehr richtig!) Eine Beunruhigung wird durch solche Reden aber nicht nur im Lande hervorgerufen, sondern auch bei unseren Kriegern draußen gewekt, und das darf nicht sein. Ich habe mit meiner Brigade draußen gekämpft und weiß, wie die Stimmung meiner Leute durch den Gedanken erhört wurde, daß ihre Familien geborgen sind. Darum rufe ich von hier aus meinen Freunden, meinen treuen heldenhaften Kameraden im Schützengraben draußen zu: Für eure Familien wurde und ist gesorgt und wird weiter gesorgt werden. (Lebh. Beifall.)

Abg. Pasche (M.): Wir möchten unter dem feierlichen Eindruck des Beginns dieser Sitzung jeden Mißton vermeiden, müssen aber doch sagen, daß der Abg. Bauer den Frauen und Kindern der Krieger keinen Dienst erweist, wenn er in dieser Weise alles in den Schmutz zieht. Gewiß ist Not vorhanden, aber das ist doch nur die Ausnahme. (Lebh. Beifall. — Starker Widerspruch bei den Soz.) So wie Abg. Bauer es geschildert hat, sieht es in Deutschland nicht aus. (Zustimmung.) Die Frauen und Kinder unserer Krieger sind nicht auf Brot und Wasser angewiesen. (Lebh. Zustimmung. — Unruhe bei den Soz.) Wir sollten der Militär- und Zivilverwaltung und auch den Gemeinden und Arbeitgebern danken für die großen Mittel und Kräfte, die sie zur Unterstützung der Kriegerfamilien aufgewandt haben. Den Fällen, die der Abg. Bauer anführte, könnte man eine Hilfe von Gegenbäumen entgegenhalten. Für wirklich bestehende Not gibt es allenthalben helfende Hände. (Sehr wahr!) Redner tritt für die Anfechtung von Kriegsinvaliden auf Rentengütern ein. Jedem, der für das Vaterland gekämpft hat, sollte man eine eigene Schule geben, dann hätte man ein großes soziales Werk getan. (Bravo! bei den Natl. und rechts.)

Abg. Mallesch (R.) ist mit der scharfen Abwehr gegen Bauer einverstanden. Kritik ist notwendig, darf sich aber nicht von den Tatsachen entfernen. Auch auf unsere Kriegsfürsorge können wir stolz sein. (Lebh. Zustimmung.) Herr Bauer mag seine das Vaterland schädigenden Ausführungen mit seinem Gewissen abmachen. (Na, na, bei den Soz.) Die Beilegung der Nacharbeit der Bäder auch im Frieden ist wünschenswert, bevor sie aber beschlossen wird, muß die Denkschrift der Regierung und das Gutachten der Handwerkskammern abgewartet werden.

Abg. Behrens (M.Dg.) nimmt die Kriegsfürsorge gegen die Angriffe des Abg. Bauer in Schutz.

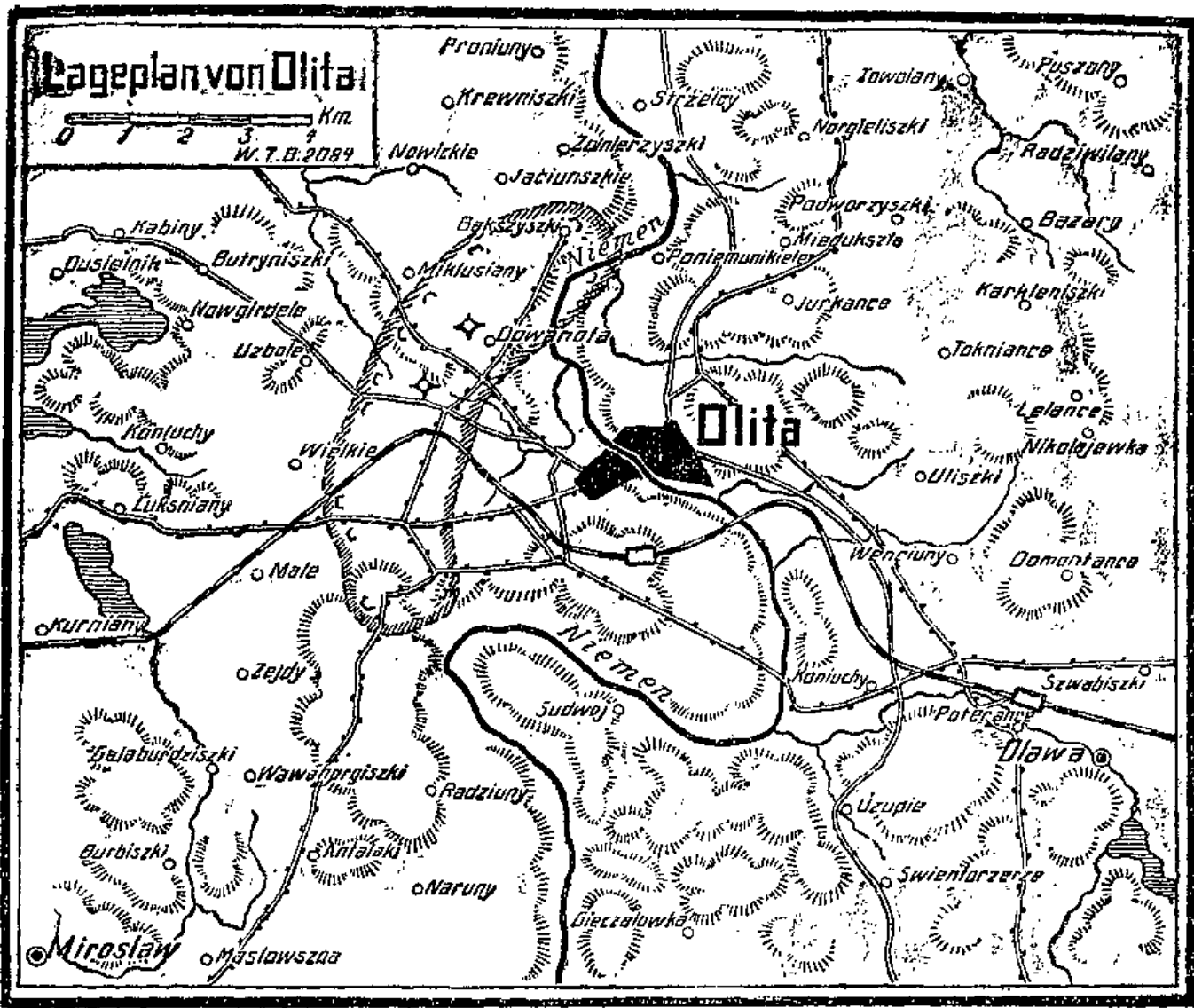
Abg. Dr. Spahn (Z.) bedauert die Ausführungen des Abg. Bauer, die den Witwen und Waisen das Herz schwer machen und das Ansehen des Vaterlandes herabsetzen müssen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Stadthagen (SD.): Der Abg. Bauer hat sich recht vorfichtig ausgedrückt. (Stürm. Widerspruch.) — Ich will Sie dringend warnen, jetzt ein Gesetz zu beschließen, das die Witwen und Waisen schlechter stellt, als sie nach dem gegenwärtigen Gesetz stehen. Nach dem bestehenden Rechtszustand darf die Zahlung der Kriegsunterstützung im Bedürftigkeitsfalle nicht ausgesetzt werden, so lange die Rentenfestsetzung noch nicht stattgefunden hat. Auch eine Anrechnung der Kriegsunterstützung auf die Rente darf nicht stattfinden. Wenn Sie jetzt nach dem Antrag der Kommission und dem Antrag Erzberger das Gegenteil beschließen, so verflechten Sie das Gesetz zugunsten der Witwen und Waisen der Kriegsteilnehmer. Das wäre eine Verfühlung gegen unsere sozialen Pflichten. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Reichssekretär Dr. Helfferich: Die Ausführungen des Abg. Stadthagen haben den Kommissionsmitgliedern nichts Neues gebracht. Den Kommissionsantrag lehne ich nicht ab, aber die Vorschläge des Vorredners würden das Brot, das hier gereicht werden soll, in Steine verwandeln.

Abg. Dr. Neuman-Hofer (Sp.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Bauer. Im Deutschen Reich wird viel mehr an Fürsorge für die Hinterbliebenen und die Kriegerfamilien geleistet als im Auslande, aber doch hört man nicht solche Reden von den Sozialdemokraten, wie wir sie hier gehört haben. (Widerpruch bei den Soz.)





Abg. Bogt-Craissheim (WBg.) tritt gleichfalls den Ausführungen des Abg. Bauer entgegen.

Abg. Bauer (SD.): Zu der Entrüstung lag keine Veranlassung vor. (Widerpruch rechts und im Zentr.) Wenn im Ausland eine solche Auffassung herabgebracht wird, so durch Ihre unangebrachte Entrüstung. (Sehr wahr! bei den Soz.) Nicht das schädigt das Ansehen und die Würde des Reiches, das man zeigt, wo Schäden vorhanden sind, sondern daß man auf die rein sachliche Darstellung der Schäden kein Wort des Bedauerns und der Verurteilung hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch der General Langemann hat nicht behauptet, daß ich etwas unrichtig dargestellt habe, sondern er entrüstet sich, obwohl der Fall, den ich anführte, gar nicht in sein Ressort, sondern in das des bayerischen Kriegsministers gehört. Ihn selbst kenne ich als einen Mann von starkem sozialen Empfinden. Dem Abg. Dr. Baasche kann ich nicht in der gleichen Tonart antworten, das verdient mir meine Arbeiterbildung. (Sehr gut! bei den Soz.) Wenn ich mit meinen Ausführungen den Erfolg habe, daß wenigstens hier und da eine kleine Besserung eintritt, so werde ich bei der nächsten Gelegenheit mit derselben Schärfe vorgehen. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.)

Präsident Kaempff: Hätte ich bei den Ausführungen des Abg. Baasche die Wendung „in den Schmutz ziehen“ gehört, so würde ich das gerügt haben.

Angenommen werden die Kommissionsanträge auf Teuerungszulagen an Beamte und Arbeiter mit Jahresbezüge unter 3000 Mark, auf Gewährung angemessener Löhne an die Staatsarbeiter und Erhöhung der Unterstellungen für Kriegsfamilien, der Antrag auf Beibehaltung des Nachbaderbots und auf Vorlegung einer Denkschrift hierüber, ebenso die Anträge auf Gewährung von Mitteln für Baderuren Verwundeter und Ansiedelung von Kriegsteilnehmern. Einmütig angenommen wird der Kommissionsantrag über die dreimonatliche Nebeneinanderzahlung von Familienunterstützung und Hinterbliebenenrente, ebenso ein Antrag auf Einsetzung einer Kommission zur Beratung der das Wohnwesen betreffenden Anträge und Petitionen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Freitag 11 Uhr. (Berichtsgeschnovelle, Belagerungszustand und Zensur.)

Schluß 8 Uhr.

## Aus der Budgetkommission des Reichstags.

### Die Hinterbliebenenrente.

In der Budgetkommission des Reichstages begründete am Mittwoch Gen. Hoch eine Resolution: „die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß den Hinterbliebenen der Gefallenen die ihnen nach dem Militär-Hinterbliebenengesetz zustehenden Renten ohne Abzug der Familienunterstützung ausgezahlt werden.“

Abg. Bauer führt an der Hand von Beispielen die Notwendigkeit dieser Resolution an. Man muß auch den unehelichen Kindern der gefallenen Krieger Hinterbliebenenrente geben, sobald die Vaterchaft anerkannt ist. Bei der Festsetzung der Rente muß jede Härte und jeder Formalismus vermieden werden. Man wendet dabei Magazine an, die nicht scharf genug verurteilt werden können.

General v. Langemann versichert, daß den Beschwerden Beachtung geschenkt werden soll. Auch die Frage der Hinterbliebenenrente für uneheliche Kinder soll zur Zufriedenheit gelöst werden. Eine solche Verordnung ist bereits erlassen.

An der längeren Debatte, die sich nunmehr entspannt, beteiligten sich besonders die Genossen Bauer, Hoch und Stadthagen sowie der Staatssekretär Dr. Helfferich. Letzterer erklärte, daß er zu der Resolution noch keine Stellung nehmen könne, weil sich die finanziellen Konsequenzen noch nicht übersehen lassen.

Ministerialdirektor Lewald und andere Regierungsvertreter sind der Auffassung, daß die nach dem Tode des Ernährers bis zur endgültigen Rentenfeststellung gezahlte Familienunterstützung bei Zahlung der Rente in Abzug gebracht werden könne. Die Reichsregierung habe den Grundlag aufgestellt, daß aufgerechnet werden solle, was über zwei Monate nach dem Todesfall an Familienunterstützung gezahlt worden sei; allerdings käme nur die Mindestunterstützung in Frage.

Bauer führt demgegenüber aus, daß jede Aufrechnung gesetzwidrig sei. Eine Rechtsvorschrift, wonach Aufrechnung der Renten gegenüber anderen Forderungen zulässig sei, gebe es nicht. Wollten die Lieferungsverbände die von ihnen gezahlten Unterstellungen zurückfordern, dann müßten sie jede andere Gläubigergegenüber die Kriegsfrau Klage auf Zahlung erheben. Dabei würde in der Regel nichts herauskommen, weil die Rentenansprüche nicht pfändbar sind. Die Witwen und Waisen haben zu beantragen, daß ihnen die Renten unverkürzt ausgezahlt werden. Geschieht das nicht, so sollte in jedem Falle gegen den Militärstützungs-Klage auf Zahlung des zu wenig gezahlten Rentenbetrages erhoben werden. Aber vom reinen Rechtsstandpunkt abgesehen sei die Kürzung auch im höchsten Maße unsozial. Weder die Witwen noch die Invaliden dürften gegen Unterstellungen, die von dritter Stelle für den gleichen Zeitraum gezahlt wurden, in voller Höhe aufgerechnet werden. Die Kriegswitwen und Waisen sollen also schlechter gestellt werden als die Unfall- und Invalidenrentner. Dazu kommt, daß die bedürftigen Kriegsfamilien, und um die allein handelt es sich, meist stark verschuldet sind. Die geringe Unterstützung hat nicht ausgereicht, um die Rente in voller Höhe zu zahlen und andere laufende Verbindlichkeiten zu erfüllen. Die Kriegswitwen und Waisen brauchen also die Rente, um sich von Schulden befreien zu können, in die sie in-

folge des Krieges geraten sind. Es würde nicht zu verantworten sein, gegenüber den bedauernswerten Witwen und Waisen mit der Sparbarkeit zu beginnen. Ein solches Verfahren würde mit den von allen Seiten abgegebenen Versprechungen, für die Kriegswitwen und Waisen in ausgiebiger Weise zu sorgen, nicht in Einklang zu bringen sein.

Abg. Erzberger wünscht, daß möglichst vermieden wird, daß Rente und Familienunterstützung für einen bestimmten Zeitraum nebeneinander bezahlt werden. Die von fortschrittlicher Seite angeregte Einführung eines Gnaden-Quartals müsse an den Kosten scheitern.

Staatssekretär Dr. Helfferich erklärt nochmals, daß er momentan nur eine Prüfung der gemachten Vorschläge zustimmen könne. Daß die Regierung den Vorschlägen ablehnend gegenüberstehe, wolle er nicht sagen. Vor einer formellen Änderung des Gesetzes in diesem Augenblick sei zu warnen.

Die Kommission nahm dann einstimmig den Antrag an in § 10 Abs. 5 des Gesetzes vom 23. Februar 1888 nach dem Worte „Unterstützung“ die Worte einzufügen: „nach Ablauf von drei Monaten von Gewährung der Bewilligung ab“.

### Das Zwangs-Kohlenyndikat.

In später Nachtstunde trat die Budgetkommission am Dienstag noch in die Erörterung des durch Bundesratsverordnung bestimmten Zwangs-Kohlenyndikats ein.

Abg. Gothein macht darauf aufmerksam, daß sich das Syndikat wohl kaum lange über den Krieg hinaus halten wird, denn es haben sich große Differenzen mit den Händlern ergeben. Ob auf dem Wege des Zwanges etwas zu erreichen ist, muß abgewartet werden. Die Regelung des Syndikatswesens muß Reichssache werden.

Minister Sydow legt kurz dar, daß die Androhung des Zwanges eine Notwendigkeit war. Der Staat muß Einfluß auf die Preisbildung gewinnen. Höchstpreise ohne Syndikats sind eine Unmöglichkeit. Mit dem Berggesetz hat das Reich zu tun, es handelt sich um eine reine Verwaltungsmaßnahme. Damit sind auch die Interessen der nicht-preussischen Verbraucher wahrgenommen worden. Zur Regelung solcher Fragen sind bergrechtliche Behörden notwendig. Solche Behörden hat das Reich nicht, deshalb müßte die preussische Verwaltung eingreifen. Der Reichstag kann hier nichts abändern, er kann nur die Aufhebung der Verordnung fordern. Die Verordnung eines Zwangsyndikats fällt fort, sobald 97 Prozent der freien Produktion zu einem freien Syndikat sich vereinigen.

Staatssekretär Dr. Delbrück stellt fest, daß eine bestimmte Dauer solcher Verordnungen nicht zulässig ist. Der Reichstag muß stets die Befugnis haben, jede kundschaftliche Verordnung aufzuheben. Wenn nicht das Reich, sondern Preußen eingegriffen hat, so geschah das nur aus Zweckmäßigkeitsgründen. Die parlamentarische Verantwortung trägt der Reichstagskanzler.

Abg. Dr. Jund (M.): Der Minister hat verlangt, daß die Verordnung auf mindestens zwei Jahre nach dem Friedensschluß Geltung haben soll. Demgegenüber steht das Recht des Reichstages auf jederzeitige Aufhebung.

Abg. Saefke: Man muß grundsätzlich zustimmen, daß solche Dinge reichsgesetzlich geregelt werden. Wir haben stets verlangt, daß die Syndikatsfragen für das ganze Reich einheitlich geregelt werden. In Wirklichkeit hat die Verordnung nur den Zweck, das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat zu stützen. Die preussische Bergwerksverwaltung, ebenso Herr Thyssen, können das Zwangsyndikat herbeiführen, sobald sie sich weigern, einem freien Syndikat beizutreten, weil ohne sie die 97 Prozent der Produktion — die Voraussetzung für ein freies Syndikat — nicht zusammenkommen. Für die Arbeiter geschieht nichts — hat man doch sogar die von den Arbeitern geforderten Einigungsämter abgelehnt. Es gibt nur einen vernünftigen Weg — die Verstaatlichung des Bergbaues. In der Bundesratsverordnung hat man nicht einmal eine Vertretung der Arbeiter im Zwangsyndikat vorgesehen. Einen solchen Antrag haben die Sozialdemokraten jetzt in der Kommission gestellt. Die Arbeiter müssen auch zur Beratung des Statuts eingeladen werden. Wenn die Syndikatsherren die Arbeiterorganisationen bisher nicht anerkannt haben, dann hätte gerade in diesem Falle die Regierung mit gutem Beispiel vorzugehen müssen.

Minister Sydow bestreitet, daß der Zweck der Verordnung war, das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat zu stützen. In den Stellen, die sich mit Arbeiterfragen befassen, werden selbstverständlich auch Arbeiter gehört werden; dagegen ist es nicht möglich, im Rahmen des Syndikats eine Arbeitervertretung zu schaffen.

In ihrer Sitzung am Mittwoch führte die Kommission die Beratung über das Zwangs-Kohlenyndikat zu Ende, nachdem Abg. Saefke noch einmal entschieden für die Zugliederung von Arbeitervertretern eingetreten war. — Minister Sydow sicherte zu, daß dieser Wunsch eingehend geprüft werden soll.

Folgende Beschlüsse wurden angenommen: „Der Reichstagskanzler wird ermächtigt, seine Befugnisse den Landeszentralbehörden zu übertragen. Diese Befugnisse sind widerruflich.“ Die Verordnung tritt spätestens zwei Jahre nach Friedensschluß außer Kraft.“ Ferner wurde beschlossen, den Arbeiterorganisationen eine Vertretung im Syndikat einzuräumen.

Schließlich wurde noch folgende Resolution angenommen: „Der Reichstag erklärt, daß die Regelung des Kartell- und Syndikatswesens ausschließliche Reichssache ist. Wenn er der Bundesratsverordnung vom 12. Juli 1915 über die Errichtung von Betriebsgesellschaften für den Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau nicht widerspricht, so wird er dabei lediglich von dem Gesichtspunkt geleitet, daß es während des Krieges zu große Schwierigkeiten machen würde, eine besondere sachverständige Behörde beim Reichsamt des Innern zu schaffen. Er spricht aber die sichere Erwartung aus, daß die verbün-

deten Regierungen nach Friedensschluß die geeignete Organisation beim Reichsamt des Innern treffen werden.“

### Die Kali-Debatte.

Die Kommission für den Reichshaushalt trat Dienstag abend 8 Uhr zur Beratung der Kali-Abgaben während des Krieges zusammen. Die Sozialdemokraten beantragten:

Den Bundesrat zu ersuchen, auf Grund des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen vom 4. August 1914 für die Dauer des Krieges, rückwirkend vom 1. April 1915 die im § 27 des Kaligesetzes vom 25. Mai 1910 festgesetzte Propagandaabgabe von denjenigen Kalibergwerken nicht zu erheben, welche nachweisen, daß sie mindestens 75 Prozent der auf sie entfallenden Abgabe den zur Zeit bei ihnen beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen in Gestalt von höheren Schicht- und Gehaltsgeldern als Teuerungszulage ausgezahlt haben. Eine Umlagerung der Lohnzulage, nach der Zahl der in Frage kommenden Kinder unter 16 Jahren erscheint hierbei geboten.

Das Zentrum hatte einen Gesetzentwurf eingebracht, dessen einziger Paragraph lautet:

Die im § 27 des Gesetzes über den Abzug von Kalisalzen vom 25. Mai 1910 (Reichs-Gesetzbl. S. 775) vorgeschriebene Abgabe wird für das Rechnungsjahr 1915 außer Hebung gesetzt. Bereits erhobene Abgabebeträge sind zu erstatten.

Die zur Deduktion der dem Reiche aus der Ausführung des Gesetzes über den Abzug von Kalisalzen und zur Hebung des Kalialabzuges entfallenden Kosten sind aus dem gesammelten Reservefonds zu decken.

Abg. Saefke bespricht die Verhältnisse in der Kali-Industrie. Durch den Krieg ist die Ausfuhr weggefallen; trotzdem gibt es in der Kali-Industrie keine Arbeitslosen. Die überschüssigen Arbeitskräfte sind teilweise eingezogen, teilweise haben sie anderweit Arbeit gefunden. Die Arbeitslöhne sind dennoch gesunken, nicht zum wenigsten dadurch, daß Kriegsgefangene verwendet werden. Die Munition, die von den Arbeitern bezahlt werden muß, ist derart teuer geworden, daß die Arbeiter nichts mehr verdienen können. Eine Anzahl Werke mußten stillgelegt werden. Das Kaligesetz erwies sich als ein großes Hindernis. Verdient wird eigentlich nur an dem Kali, das im Ausland abgesetzt werden kann. Ein Ausweg kann gefunden werden, wenn man sich entschließt, die Kaliabgaben aufzuheben. Bedenklich wäre eine Heraushebung der Preise, die von den Agrariern sofort wieder zu einer Verteuerung ihrer Produkte benützt würde. Die Kali-Abgabe liefert jetzt im Krieg vier Millionen Mark, die zum Teil den Arbeitern zugeführt werden können, indem jene Werte von der Abgabe befreit werden müßten, die nachweisen können, daß sie ihren Arbeitern entsprechende Teuerungszulagen bewilligen.

Abg. Erzberger empfiehlt den Weg der sofortigen Schaffung eines Gesetzes. Die Löhne der Arbeiter sind nicht gefallen, sondern gestiegen. Eine Erhöhung der Inlandpreise wäre sachlich gerechtfertigt. Die Organisation für die Absatz-Propaganda ist vorhanden und muß beibehalten werden, auch wenn jetzt ein Abfluß im Ausland nicht stattfindet. Der Reservefonds, der gegen den Willen der Kaliindustrie gesetzlich vorgeschrieben ist, kann jetzt herangezogen werden.

Abg. Gothein erörtert die Schwierigkeiten, mit denen die Industrie jetzt zu kämpfen hat. Der Antrag des Zentrums ist nicht geeignet, die vorhandene Notlage zu beseitigen. Die Kali-Industrie steht vor dem Ruin. Die Möglichkeit muß durch das Reich geschaffen werden, daß die Werke ihre Zinsen zahlen können. Die teilweise Aufhebung der Kali-Abgaben bedeutet für die Werke gar nichts, ganz abgesehen davon, daß die Abgaben nur jenen Werken erlassen werden sollen, die den Arbeitern Teuerungszulagen geben. Hier ist rasche Hilfe nötig, auf lange Erhebungen kann man sich nicht einlassen. Die Preise müssen um 20 resp. 40 Pfg. pro Doppelpentner erhöht werden. Der Mehraufwand der Landwirtschaft für Düngung würde zwischen 80 Pfg. und 1,20 Mk. pro Hektar schwanken, eine Belastung, die für die Landwirtschaft in der freigelegten Weise gelöst worden ist.

Unterstaatssekretär Richter erkennt die Notwendigkeit an, der Kali-Industrie zu Hilfe zu kommen. Diese Industrie ist durch das Gesetz in ihrer Bewegungsfreiheit völlig beschränkt. Das Hauptabsetzgebiet ist Amerika, das aber einen Teil der Kalisalze zur Herstellung von Munition verwenden würde. Deshalb das Ausfuhrverbot. Nach dem Kriege wird der Abfluß einen riesigen Umfang annehmen und uns helfen die Rohmaterialien zu bezahlen, die wir aus dem Ausland beziehen müssen. Der Abfluß der Kali-Industrie vermindert sich in diesem Jahre um 130 Millionen Mk. Die vom Abg. Gothein beantragte Preiserhöhung würde fünf Millionen Mark betragen; man darf annehmen, daß die Landwirtschaft diese Belastung übernehmen wird. Eine Verringerung des Kaligesetzes ist nur mit Zustimmung des Reichstages möglich. Wenn einige Unternehmer die Arbeiter drücken, so ist das entsetzlich zu verurteilen; andererseits steht auch fest, daß ein Teil der Werke den Arbeitern Zugeständnisse macht, damit sie nicht in die Kriegsindustrie abwandern. Der sozialdemokratische Antrag ist unannehmbar.

Abg. v. Brodhagen (A.) hat lebhaftes Bedenken gegen eine Preiserhöhung, die vielleicht den Abfluß beeinträchtigen wird.

Abg. Hoch (SD.): Die gegenwärtige Notlage der Kali-Industrie ist nicht die Schuld des Gesetzes, das vielmehr gerade deshalb geschaffen werden mußte, um die Kalimärke vor dem Ruin zu schützen. Die mißliche Lage ist in der Hauptsache auf das Treiben der Spekulanten zurückzuführen. Für uns kommt in erster Linie das Interesse der Arbeiter in Frage. Die vorgeschlagene Hilfsaktion würde aber auch den nicht-notleidenden Werken zugute kommen. Man muß auch an die Arbeiter denken, deren Löhne heute absolut unzulänglich sind. Der Reservefonds von neun Millionen Mark kann zu Unterstützungen verwendet werden, das Reich muß sich aber bei den unterstützten Werken gewisse Rechte sichern. Zu einem befruchtigenden Resultat führe keiner der vorgeschlagenen Wege.

Abg. Herold (Z.) muß zugeben, daß leider alle gegenschicklichen Maßnahmen nicht erreichen konnten, die Kali-Industrie auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Einer geringen Preiserhöhung könne man zustimmen.

Nach längerer Debatte einigte sich die Kommission auf eine Erhöhung der Preise, die nach dem Prozentgehalt des Kali abgestuft wird. Diese Erhöhung gilt für die Zeit vom 1. Oktober bis 1. April 1916. Die Anträge der Sozialdemokraten, auch den Arbeitern bestimmte Vorteile zu sichern, wurden abgelehnt.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Gewalt vor Recht.

Den unmittelbar von dem Krieg Geschädigten darf ein größeres Maß von Verbitterung zugestanden werden, als all den anderen, die auch täglich aufs schwerste unter dem Kriege leiden. Aber trotzdem muß den folgenden, vom Geschicksführenden Ausschuh der aus Rußland ausgewiesenen Reichsdeutschen in der „Post“ entwickelten Ansichten aufs schärfste entgegengetreten werden:

„Es liegt gerade dem Deutschen in seiner Redlichkeit und Gewissenhaftigkeit nahe, bei dem Ersah von Kriegsschäden der Rechtsfragen zu denken. Darum handelt es sich aber gar nicht. Im Verhältnis gegenüber den feindlichen Mächten sollte man den Rechtsstandpunkt in dieser Sache ganz verlassen. Es ist lediglich eine Machtfrage, wie weit wir Ersah des Kriegsschadens von unsern Feinden erhalten. Wollen wir unser Gewissen durch rechtliche Begründung unserer Forderungen beruhigen, so genügt es, zu sagen, daß der Krieg uns von den Gegnern aufgezogen worden



Ist und daß sie schon deshalb uns allen Kriegsschaden ersparen müssen. Für den Kriegsschadenersatz gibt es außer dieser diplomatischen Seite der Frage noch eine andere, die in n e r s t a a t l i c h e. Dabei handelt es sich darum, wie eine gewonnene Kriegsschadenersatz unter die verschiedenen Wirtschaftskreise des deutschen Volkes zu verteilen sei. Auch dort kommt es nicht auf Rechtsfragen an. Was wir in unserem geltenden Recht an Vorschriften für den Kriegsschadenersatz haben, ist lückenhaft und veraltet. Und nicht das ist entscheidend, ob ein Rechtsanspruch auf Schadenersatz besteht, sondern ob Entschädigung nach Lage des Falles billig sei und dem Interesse des Ganzen diene. Auch hier also keine Rechtsfragen, sondern Fragen der Zweckmäßigkeit und der Billigkeit. Würde unsere Staatsverwaltung bei der Lösung aller dieser für die Entwicklung unseres Volkstums wichtigen Fragen von der unbrauchbaren Beschränkung des geschriebenen Rechts absehen und nach außer hin nur die Macht, nach innen nur die Billigkeit walten lassen!"

**Der Bedarf der Marine an warmer Unterbekleidung,** namentlich an wollenen Unterjacken, wollenen Strümpfen, Leibwärmern, Kopfschühern, Ohrenklappen, Pulswärmern, Kniewärmern, ferner an Pelzjacken ist nach einer Mitteilung der Marinerverwaltung für einen etwa kommenden Winterfeldzug reichlich gedeckt.

### Amerika.

**Eingreifen der Vereinigten Staaten in Haiti.** Nach einer Meldung aus Port-au-Prince ging der Regierung von Haiti eine Note der nordamerikanischen Regierung mit der Forderung eines Vertrages von 10jähriger Dauer zu, der die Verwaltung und die Finanzen Haitis unter Kontrolle Beamter der Vereinigten Staaten stellt, die Haiti bis Freitag mittag beantworten soll.

## Von den Kriegsschauplätzen.

### Die Kämpfe im Orient.

#### Der Kampf um die Dardanellen.

Aus dem türkischen Hauptquartier wird vom 26. August gemeldet: An den Fronten von Anaforia, Ari Burnu und Seddul Bahr unterliegt der Feind abwechselnd heftiges Artilleriefeuer und verschwendete eine große Menge Munition. In der Nacht vom 24. zum 25. August unterliegt der Feind das Feuer bis Tagesanbruch. Am 25. August versuchte der Feind mit schwachen Kräften einen Angriff auf unseren linken Flügel. Die Angreifer wurden aufgerieben. An den anderen Fronten keine Veränderung.

#### Der englische Bericht über die Dardanellenkämpfe.

In dem amtlichen Bericht von den Dardanellen über die Kämpfe seit dem 6. August am westlichen Ende der Halbinsel Gallipoli wird gesagt: Es bestanden getrennte Anriffslinien. Die erste war die des australisch-neuseeländischen Korps, die andere war die von der Südlabucht, wo die eben angekommene Armee kämpfte. Ferner wurde ein Anriss vom Kap Helles in der Richtung Kithia unternommen. Trotz des fortwährend heftigen Kampfes und der schweren Verluste auf beiden Seiten erreichten unsere Truppen in keinem der beiden Gebiete ihr Ziel, obwohl sie ihm entchieden näher kamen und das Gebiet, das sich in unseren Händen befindet, beträchtlich ausbreiteten. Der Angriff des australisch-neuseeländischen Korps richtete sich auf den Saribair-Chunul-Hügel. Er hatte aber nicht das gewünschte Ergebnis. Die australisch-neuseeländischen Truppen vermochten nicht die Stellungen auf der Höhe zu halten und mußten sich nach den unterhalb gelegenen Stellungen zurückziehen. Der Angriff aus Suvla kam zum Stillstand, nachdem er 2 1/2 Meilen vorwärts gekommen war. Das gewonnene Gelände reichte aus, um uns in Stand zu setzen, unsere Linien aneinander zu schließen und eine Front von mehr als 12 Meilen zu bilden. Als neue Verstärkungen ankamen, gewannen die australisch-neuseeländischen Truppen noch 3/4 Meilen an Boden. Nachdem wir die vorgehobenen türkischen Laufgräben auf der linken Front erräumten, kamen alle Divisionen ins Gefecht. Sie machten Fortschritte. Da sie aber den Gipfel der Höhe nicht erreichen konnten, wurden sie nach ihrer ursprünglichen Stellung zurückgedrängt. Die Verluste des Feindes sind viel schwerer als die unserigen. Das gewonnene Gelände ist sehr wichtig. Man soll daraus aber nicht schließen, daß wir das eigentliche Ziel erreichten. Weitere ernste Kämpfe werden nötig sein, um einen entscheidenden Sieg davon zu tragen.

### Menterei auf Cypern

Ist unter den englischen Besatzungstruppen ausgebrochen, die auf die Unzufriedenheit der Soldaten mit der Verpflegung und den Transportverhältnissen zurückzuführen ist. Nach Blätter-Meldungen haben sich die Menterer zu Tausenden gegen ihre Vorgesetzten hinreißend gelassen. Sie haben ihre Ausrüstungsstücke sowie die Möbel der Kaserne auf die Straße gemorjen und verlangten energisch, von der Insel wegzutransportiert und nach Malta gebracht zu werden.

### Zum türkisch-bulgarischen Abkommen

wird aus Sofia gemeldet: Die Verhandlungen sind tatsächlich beendet. Das ganze Programm ist in allen Punkten und zur Zufriedenheit beider Parteien diskutiert und erledigt worden. Die Verzögerung der Unterschrift des Protokolls seitens der bulgarischen Regierung ist dadurch erfolgt, daß die hiesigen Vertreter des Bierverbandes der bulgarischen Regierung rath heraus erklärt haben, man würde in Extremkreisen die Unterzeichnung des Abkommens zur jetzigen Stunde als einen unzureichend Akt Bulgariens auffassen. Diese Drohung des Bierverbandes hat auf die hiesigen offiziellen bulgarischen Kreise allerdings wenig Eindruck gemacht, doch erreichten die Extrem-Vertreter wenigstens insofern ihren Zweck, als ein kurzer Aufschub bis zum endlichen Abschluß des Vertrages eingetreten ist. Dieser magnifizierbare Schritt der Extrem-Diplomatie hat in weitestem Maße dazu beigetragen, die Abneigung gegen den Bierverband in allen politischen Kreisen Bulgariens noch zu erhöhen. Die Presse fordert die Regierung auf, sich von der Einhängen-Politik der Bierverbandes nicht beeinflussen zu lassen, und verweist in diesem Zusammenhang auf das Beispiel, das Serbien soeben gegeben hat. Die Witter nehmen die Stellungnahme Serbiens als einen vollständigen Beweis dafür, daß es mit der Machtstellung des Bierverbandes auf dem Balkan zirkulär zu Ende ist.

## Allerlei Kriegs Nachrichten.

### Die Preussische Verlustliste Nr. 311

enthält folgende Truppenteile:

**Infanterie** usw.: Garde: Grenadier-Regiment Augusta; Garde-Reserve-Schützen-Bataillon. — Grenadiere, bzw. Infanterie, bzw. Jäger-Regiment Nr. 1, 5, 6, 7, 8, 10, 11, 12, 13, 19, 22, 24 bis einschl. 28, 31, 32, 33 (s. auch Gren.-Regt. Nr. 1), 34, 35, 37, 38, 44, 45, 48, 49, 51, 52, 57, 61, 62, 63, 65, 66, 67, 70, 72, 78 (s. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 260), 82 (s. Inf.-Regt. Nr. 132), 88, 89, 92 (s. auch Ref.-Inf.-Regt. Nr. 260), 111, 113, 131, 132, 133, 137, 138, 140, 141, 145, 151, 152, 153, 154, 162, 165, 166, 170, 174, 175 (s. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 262), 176, 365. — Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 5, 6, 7, 10, 11, 18, 19, 23, 27, 28, 32, 33, 38, 49, 61, 66, 67, 68, 80, 81, 91, 94, 111, 116, 130, 201, 203, 209, 210, 212, 213, 214, 215, 219, 220, 222, 223, 224, 252, 258, 260, 262. — Reserve-Erlass-Infanterie-Regiment Nr. 2 und 3. — Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 6, 7, 10, 11, 34, 49, 53, 61, 73, 76, 80, 93, 99 (s. Festungs-Maschinengewehr-Abt. Nr. 4 Graudenz), 116, 118 und v. Gundlach (s. Landm.-Inf.-Regt. Nr. 93). — Landwehr-Erlass-Infanterie-Regiment Nr. 5. — Überplanmäßiges Landwehr-Infanterie-Bataillon Altenburg (s. Landm.-Inf.-Regt. Nr. 93). — Brigade-Erlass-Bataillon Nr. 49 (s. Inf.-Regt. Nr. 365). — Landwehr-Brigade-Erlass-Bataillon Nr. 10 (s. Landm.-Inf.-Regt. Nr. 5). — Landsturm-Infanterie-Bataillone: II Cassel, IV Darmstadt, I Götting, Neustadt W.-Pr. — Landsturm-Infanterie-Erlass-Bataillone: Nr. 3 Hamburg, 1. und 2. Straßburg i. G., Wiesbaden. — Jäger-Bataillone Nr. 3, 9, 14; Reserve-Bataillone Nr. 4, 5, 8, 11, 16, 21. — Schneeschuh-Bataillon Nr. 2. — Feld-Maschinengewehr-Zug Nr. 263 (s. Landm.-Inf.-Regt. Nr. 116); Gebirgs-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 204; Festungs-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 4 (Graudenz). **Kavallerie:** Manen Nr. 10; Jäger zu Pferde Nr. 7 und 8; Landwehr-Regiment Nr. 2; 1. Landwehr-Esdradon des Gardekorps; Reserve-Abteilung Nr. 76. **Feldartillerie:** 5. Garde-Regiment; Regiment Nr. 4, 11, 18, 21, 34, 36, 39, 40, 45, 46, 47, 61, 73, 76, 79, 82; Reserve-Regiment Nr. 6 und 46. **Fußartillerie:** Regiment Nr. 1 und 6; Reserve-Regiment Nr. 3 und 13; Bataillon Nr. 50; Reserve-Bataillon Nr. 27; 2. Reserve-Batterie Nr. 24; Schwere Feld-Haubitz-Batterie Nr. 248. **Pioniere:** Regiment Nr. 31; Bataillone: 1. und II. Nr. 27, I. Nr. 28; Erlass-Bataillon Nr. 2; Kompanie Nr. 241; Reserve-Kompagnien Nr. 44, 48, 53, 54; 2. Landwehr-Kompagnie des I., 2. des VI., 2. des VIII., 1. des IX., 1. des X. und 2. des XVIII. Armeekorps; 2. Landsturm-Kompagnie des II. und 4. des III. Armeekorps; Abteilung der 4. Kavallerie-Division. **Scheinwerferzug des VII. Armeekorps;** Leichter Reserve-Feld-Scheinwerferzug Nr. 39; Schwere Festungs-Scheinwerferzug Nr. 55. **Leichte Minenwerfer-Abteilungen** Nr. 215 und 242; **Mittlere Minenwerfer-Abteilungen** Nr. 126, 178, 195; **Schwere Minenwerfer-Abteilungen** Nr. 45, 50 und solche des VIII. Armeekorps. **Verkehrstruppen:** Militär-Eisenbahndivision Nr. 1; Zeinungs-Eisenbahn-Saulompagnie Nr. 9. **Feldluftschiffer- und Feldilliegruppe.** **Train:** Train-Abteilung Nr. 10; Train-Erlass-Abteilungen Nr. 8 und 10; Etappen-Train-Esdradon Nr. 126. **Magazin-Fuhrparkkolonne** Nr. 7 XI des XII. Armeekorps; **Magazin-Fuhrpark Heinrichswalde;** Etappen-Fuhrparkkolonne Nr. 3 des XVII. Armeekorps; **Etappen-Bäckereikolonne** Nr. 1 G. Erlass-Pferdedepot des VII. und des XV. Armeekorps; **Etappen-Pferdedepot** der 11. Armee. **Infanterie-Munitionskolonne** Nr. 2 des VI. Armeekorps. **Sanitäts-Formationen:** Sanitäts-Kompagnie Nr. 2 des XVI. Armeekorps und Nr. 119 der 119. Infanterie-Division; **Festungs-Sanitäts-Kompagnie** Nr. 2 (Mek). **Armierungs-Bataillone.** **Provinzamt** der 5. Landwehr-Division.

### Bayerische Verlustliste Nr. 215.

### Sächsische Verlustliste Nr. 185.

### Württembergische Verlustliste Nr. 249.

### Deutsches Luftschiff über Holland.

Aus dem Haag wird berichtet: Am 18. August wurde gemeldet, daß ein Luftschiff über niederländisches Gebiet gefahren sei. Der deutsche Gesandte teilte am 23. August im Auftrage seiner Regierung der holländischen Regierung mit, daß an jenem Tage ein deutsches Luftschiff durch heftigen Nordwind und böiges Wetter über niederländisches Gebiet abgetrieben wurde, aber sobald das Schiff sich zu orientieren vermochte, bemerkte es die Abweichung vom Kurs und schlug die Richtung nach der See ein, die zwischen Vlieland und Texjehelling wieder erreicht wurde. Die deutsche Regierung hebt hervor, daß der bedauernde Unfall ausschließlich die Folge besonderer atmosphärischer Verhältnisse war, die den Führer des Schiffes irreführten und fügt hinzu, daß seit Beginn der Feindseligkeiten der Führer der deutschen Luftschiffe der strenge Befehl erteilt worden ist, niemals über Gebiete neutraler Staaten zu fahren.

### Die australische Arbeiterpartei und der Krieg.

Das Reutersche Bureau meldet aus Johannesburg vom 23. August: In einer sehr stürmischen Sitzung der Arbeiterpartei, die vielfach von ärmlichen Ausritten unterbrochen wurde, wurde ein Antrag der Friedensfreunde mit 83 gegen 29 Stimmen abgelehnt und ein Antrag Crewwells angenommen, der die Regierung jeder Unterstützung zur Fortführung des Krieges verweigert.

### Die Stimmung in Amerika.

Die anfänglich des „Arabic“-Falles entstandene Lage bessert sich. Weil die Engländer mit einer Meldung zurückhalten, wird nichts unternommen, bis der Tatbestand klar liegt. Das Land ist, von gewissen Kreisen abgesehen, vollständig ruhig. Die friedensfreundliche Stimmung wächst stark und schnell.

## Aus der Partei.

**Die Abstimmung über die Kriegskredite.** Wie der „Vorwärts“ berichtet stimmten in der Fraktion gegen die erste Kreditvorlage 14, gegen die zweite 16, gegen die dritte 23 und gegen die vierte Kriegskreditvorlage 36 Abgeordnete. Von diesen 36 stimmten am 20. August im Plenum 3 für die Vorlage, sieben dagegen, 32 von ihnen befanden sich außerhalb des Saales. Von diesen können wir folgende 29 Abgeordnete namhaft machen, die aus grundsätzlichen Bedenken sich aus dem Sitzungssaal entfernt hatten: **Abrecht, Antici, Bernstein, Bod, Büchner, Dr. Gohla (Nordhausen), Dümmann, Emel, Erdmann, Fuchs, Geiger, Haack, Heine, Dr. Herzfeld, Hoch, Hoffrichter, Horn, Kunert, Ledebour, Petrotas, Rante, Rühle, Schwarz (Lübeck), Simon, Stadthagen, Stolle, Vogher, Werra, Zabel.** — Wie Abg. Rühle dem „Vorw.“ mitteilt, habe er nicht den Saal verlassen, sondern es sei ihm bei der ungewöhnlichen Möglichkeit der Abstimmung nicht möglich gewesen, den Saal rechtzeitig zu erreichen; er würde im Plenum gegen die Kredite gestimmt haben.

## Beeinträchtigung von Witwen und Waisen der Kriegsteilnehmer

Nach § 10 Absatz 5 des Gesetzes betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften vom 7. Februar 1888, müssen den Familien solcher Kriegsteilnehmer, die verstorben sind oder vermisst werden, die Unterstützung solange gewährt werden, bis die Formation, welcher der in den Dienst eingetretene angehört, auf den Friedensfuß zurückgeführt oder aufgelöst wird. Diese Vorschrift war, wie die Regierung motive erklärten, notwendig, um „die Hinterbliebenen wenigstens nicht in eine ungünstigere Lage zu bringen, als dieselbe sich stattdessen haben würde, wenn ihr Ernährer ihnen lebend bis zur Beendigung des Krieges entzogen geblieben wäre.“ Im Anschluß an das Gebot der Fortzahlung der Kriegsunterstützung an Familien Verstorbener und Vermisster sagt der Schlußsatz des § 10 Abs. 5: „Insofern jedoch den Hinterbliebenen auf Grund des Gesetzes vom 17. Mai 1907 Bewilligungen gewährt werden, falls die durch gegenwärtiges Gesetz geregelten Unterstützungen für Es sind also die Kriegsunterstützungen so lange zu zahlen, bis die Witwen- und Waisenrenten tatsächlich zur Hebung gelangt sind. Diese Vorschrift war erforderlich, um Familien von Kriegsteilnehmern, die den Tod ihres Ernährers zu klagen haben und die unmöglich sofort die Witwen- und Waisenrente erhalten können vor völliger Not zu bewahren. Nach der Auslegung des angeführten Schlußsatzes des Absatzes 5 ist nach seinem Wortlaut kein Zweifel sein. Ueberdies besagen die Motive ausdrücklich: „Die Fällung des Schlußsatzes bietet Sicherheit dafür, daß die unterstützungspflichtigen Verbände in den bezeichneten Fällen bei fortdauernder Bedürftigkeit der Hinterbliebenen ihre Beiträge nicht eher einstellen dürfen, als bis die Bewilligungen auf Grund des Militärpensionsgesetzes tatsächlich zur Hebung kommen.“

Dem Gesetz entsprechend wurde auch früher verfahren. Jetzt kürzt jedoch in Preußen eine Reihe von Gemeinden, denen die Auszahlung der Renten für die Witwen und Waisen behördlich überwiesen wird, die Renten um erhebliche Beträge und zahlen den Witwen erheblich weniger aus, als diesen nach dem Gesetz zukommt. Sind die Renten von den Militärbehörden festgelegt, benachrichtigt die Behörde den Regierungspräsidenten. Die Witwe teilt der Witwe mit, wieviel ihr und ihren Kindern vom Todestage des Gefallenen ab gerechnet zusteht und daß sie die Beträge von der Gemeinde (oder dem Kreis) abheben solle. Kommt die Witwe zur Gemeinde, so wird die Zahlung der vollen Summe abgelehnt, es wird — um ein Beispiel aus der Praxis herauszugreifen — der Witwe, die nach der Mitteilung des Regierungspräsidenten 836 Mark 76 Pfg. zu beanspruchen hat, nur ein Drittel dieser Summe (342 Mark 36 Pfg.) gezahlt und für den Rest (494 Mark 40 Pfg.) eine Quittung dahin ausgestellt, daß dieser Rest auf die Unterstützungen verrechnet sei. Die Gemeinden und Kreise berufen sich für dies Vorgehen auf eine Anweisung des preussischen Ministers des Innern vom 28. April 1915. Danach sei den Witwen nur für zwei Monate Rückstände zu zahlen, der Rest auf die Unterstützungen zu verrechnen. Ist eine derartige Verfürgung ergangen, so widerspricht sie nach dem oben Dargelegten dem Gesetz. Die Kriegsunterstützungen sind keine Armeegelder und können nach dem Gesetz nicht zurückgefordert werden. Ueberdies sind die Pensionen der Witwen und Waisen nach § 8 Ziffer 7 der Zivilprozessordnung unpfändbar, also auch unantastbar. Die einbehaltene Beträge müssen, wenn die Witwe flamm vom Militäriskus an sie gezahlt werden, der sich wiederum an die Lieferungsverbände halten mag. Es wäre wünschenswert, daß sofort die Verordnung des Ministers des Innern aufgehoben wird oder der Militäriskus direkt an die Witwen das ihm Schuldige zahlt. Es geht doch nicht an, daß die Witwen zu Pseßeln für sich und ihre Kinder durch falsches Vorgehen von Lieferungsverbänden gezwungen werden.

Wie konnte eine ministerielle Anweisung wie die geführte ergehen, wiewohl das Gesetz klar die Zahlung verlangt und dementsprechend auch bis in den Juni hinein verfahren war? Scheint ein Satz der Motive zum Gesetz von 1888 Anlaß dazu gegeben zu haben. Nach den aus den Motiven über den Zweck des Absatzes 5 § 10 oben angeführten Worten heißt es dort nämlich: „Trotzdem wird es den Verbänden freistehen, sich durch Benehmen mit der zur Ausführung des Pensionsgesetzes berufenen Behörden oder durch Abmachung mit den Hinterbliebenen dafür Sicherheit verschaffen, daß ihnen aus denjenigen Beträgen, welche nach folgender Feststellung des Reliktensanspruches etwa für die Vergangenheit nachträglich zu zahlen sind, die für diese Zwischenzeit gewährten Unterstützungsbeträge ersetzt werden.“ Es ist durchaus falsch, durch diese Worte der Motive die in der Ministerialverordnung getroffene Anordnung zu rechtfertigen. Zunächst haben die Worte der Motive nirgends im Gesetz Ausdruck gefunden. Ferner liegt kein „Benehmen mit den zur Ausführung des Pensionsgesetzes berufenen Behörden“ — das ist die Militärbehörde — vor. Selbst wenn solche Abmachung vorliegen würde, darf weder der Lieferungsverband noch irgend eine Behörde die den Witwen zustehenden Renten kürzen. Hinzu tritt ferner, daß das Bürgerliche Gesetzbuch nach dem Gesetz von 1888 Abmachungen über unpfändbare Forderungen für ungültig erklärt hat. Die den Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern zustehenden Ansprüche auf Renten sind unpfändbar, weil sie zum Lebensunterhalt notwendige Pensionen sind. Anders liegt es nur bei einer 2000 Mark jährlich übersteigenden Pension.

Aber, mag juristisch trotz des klaren Wortlauts des Gesetzes etwas Anzügliches für die Witwe herausgelesen werden können, der Zweck des Gesetzes, die Lage der Witwen und Kinder gefallener Kriegsteilnehmer und das Gerechtigkeitsgefühl verlangen bieterisch, den Witwen und Waisen die ohnedies unzureichenden Renten unverkürzt zukommen zu lassen. Das sollte der Reichstag einmütig aussprechen.

## Aus Nah und Fern.

**Beramauslos.** Auf der Grube „Glückauf“ in Lichten wurden Mittwoch mittag vier Bergleute durch Erdbeben verstorben. Bisher konnte man nicht zu der Unfallstätte gelangen. Wahrscheinlich sind alle Verschütteten tot.

**Ein Gefangener als Lebensretter.** Der „Erfurter Erbsüß“ wird aus Ohrdruf mitgeteilt: Als hier am Dienstag abends das Volkkommando zurück auf dem Wege nach dem Lager am Marktplatzbrunnen vorbeischnitt, gemachte ein französischer Gefangener, daß ein etwa vierjähriger Knabe, der bei Spielen in den tiefen Brunnen gefallen war, mit dem Tode rang. Der Franzose sprang kurz entschlossen in den Brunnen, tauchte und brachte das Kind glücklich heraus. Ehre dem wackeren Mann!

**Niederträchtig und gemein** bezeichnete in der Reichstags-Sitzung vom Montag der Staatssekretär Dr. Delbrück es, was Händler jetzt höheren Verdienst nehmen würden wie in Friedenszeiten. Aber daran kehren sich die Herrschaften nicht, denen durch halbe Maßnahme möglich gemacht wird, das Volk immer weiter zu schröpfen, wie folgendes Beispiel zeigt: In Köln hatte die Behörde Wind bekommen, daß drei Eisenbahnwagen voll Bohnen nach Solingen abgerollt werden sollten, deren Preis höher war, als der Kölner Höchstpreis für Bohnen. Auf Grund der neuen Bundesratsbestimmungen erfolgte die Beschlagnahme und die Bohnen wurden in Köln zum Verkauf gebracht. Die Behörde hatte nun den Erfolg, daß die allen ehrlichen Grüntramandanten und Bauern, die den Solinger Markt besuchen, von dem Sechshundertrentnerdruck der Kölner Bohnen befreit aufzutreten und fort ihre Preise um ein Drittel erhöhten. Der Fall klafft. Da bleibt nichts anderes übrig, als daß die Behörde fest zupacken und vor allem billige Höchstpreise festsetzen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: Th. Schwanig, Druck: Friedr. Meyer & Söhne in Lübeck.